Anzeigengebühren: 20 Pfg. für die 6mal gespaltene Millimeterzeile für die Empfehlungszeile 250 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 49 180 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prinz, Castrop.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 13,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 27,00 Mark für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Zeitungsausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung werktags 6—7 Uhr nachmittags.

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 25 — Dienstag, den 31. Januar — 1922

Uneinigkeit im Smeets'schen Verräterlager

Eingeweihten war es schon seit längerer Zeit kein Geheimnis mehr, daß sich hinter den Kulissen der sogenannten Rheinischen Republikanischen Volkspartei des Herrn Smeets gewisse Kämpfe abspielten, bei denen es sich um die Führerschaft innerhalb dieses Hochverrätergrüppchens handelt. Smeets ist außerordentlich eingebildet auf seine „Führerschaft", obwohl er sich darüber nicht im unklaren ist, daß man längst erkannt hat, welche Rolle als „Führer" er im Auftrage gewisser französischer und belgischer Kreise spielt. Graf von der Schulenburg, der des öfteren von sich hat reden machen lassen, besitzt aber den Ehrgeiz, ebenfalls „Führer" zu spielen. Das vertrug Herr Smeets nicht, der für sich unter allen Umständen den „Präsidentenposten" in der neuen rheinischen Republik beansprucht. Da sich die beiden Präsidentenanwärter nicht einigen konnten, ging Graf von der Schulenburg seine eigenen Wege nach dem Muster seines Partners Smeets und gründete einen vorläufigen Vollziehungsausschuß unter dem Haupttitel „Rheinische Republikanische Volkspartei". Das war Herrn Smeets zuviel. Er erläßt im Namen des Zentralverbandes der Rheinischen Republikanischen Volkspartei eine geharnischte Erklärung, in der der Ausschluß des Grafen von der Schulenburg zurzeit Bonn, Kaufmann August Wirges-Siegburg, Magnetopath Theo Strum-Bonn und Brauer Goedtner-Siegburg aus der Rheinischen Republikanischen Volkspartei bekannt gegeben wird, da sie durch ihre eigenmächtiges Vorgehen und (Graf von der Schulenburg) durch seine Person die Bewegung kompromittiert haben. In der Erklärung wird weiter gesagt, daß der sogenannte Aktionsausschuß „bei unseren preußischen Gegnern die Meinung aufkommen lassen sollte, als ob für die nächsten Wochen im Rheinlande Putschabsichten von unserer Seite geplant seien. Seit Bestehen dieses Aktionsausschusses wird die Zentrale der Rheinischen Republikanischen Volkspartei ständig von preußischen Geheimagenten überwacht und bespitzelt. Alle Parteimitglieder, aber auch alle föderalistischen Gruppen im Rheinlande werden gewarnt, mit dem Herrn von der Schulenburg in Verbindung zu treten oder ihn in ihre Reihen aufzunehmen.

So also mußte es kommen. Herr Smeets, der mit größter Mühe ein kleines Grüppchen von Anhängern seiner Phantasien zusammenbrachte, sieht dieses Grüppchen allmählich wanken trotz der schönsten Versprechungen, die er seinen Freunden gemacht hat. Es wirkt daher auch recht eigenartig, daß Herr Smeets in derselben Nummer seiner „Rheinischen Republik" die erwähnte Erklärung bringt, ein halbseitiges Inserat veröffentlicht, in dem „alle Anhänger der Rheinischen Freiheitsbewegung" zu einer Konferenz aller Freunde der rheinischen Republik eingeladen werden, deren Zeitpunkt nicht angegeben, von deren Verhandlungspunkten jedoch mitgeteilt wird: Errichtung eines rheinischen Parlaments. Er fordert darin die Bezirksleitungen der Rheinische Republikanischen Volkspartei auf, Vorbereitungen zu dieser Versammlung und für die rechtzeitige Wahl von Abgeordneten zu treffen. Man sieht also, Herr Smeets hat es nicht leicht. Während er starke Kämpfe zu führen hat, um den Auseinanderfall seines ganzen Hochverräterkonsortiums zu verhüten, muß er nach außen hin den Anschein erwecken, als sei er der vielgeplagte Vorsitzende einer das ganze Rheinland umfassenden „Freiheitsbewegung". Man sieht es der Erklärung des „Zentralvorstandes" an, daß man die öffentliche Bekanntgabe des inneren Zwistes gern vermieden hätte, wenn es möglich gewesen wäre, den Grafen Schulenburg einfach kaltzustellen. Da er aber sich veranlaßt sieht, vor diesem Herrn zu warnen, mußte er wohl oder übel zu dieser öffentlichen Erklärung schreiten und das zu einer Zeit, als nach der Meinung des Herrn Smeets und Genossen der Weizen der rheinischen Hochverräter durch die Berufung des Herrn Poincare in das französische Kabinett besonders üppig in die Blüte schießen könnte. Es ist überaus bezeichnend, daß die betreffende Nummer der „Rheinischen Republik" verhältnismäßig zahm in seinen sogenannten Polemiken ist.

Abgesehen von einem seitenlangen Artikel unter der Ueberschrift: „Karneval 1922", in dem er gehörig wettert gegen das Verbot des Karnevals im Rheinland und sich darüber erbost, daß des ungeachtet in Berlin zahlreiche karnevalistische Veranstaltungen stattfinden dürften, hat er anscheinend diesmal die Sprache über die Zersplitterung in seinen Reihen noch nicht wieder gefunden. Auch aus dieser Tatsache kann man schließen, daß Herr Smeets recht bekümmert ist wegen der Zukunft seiner Bewegung, wenn ihm nicht bald ausreichende Hilfe von auswärts kommt. Auch der Sammelruf an „alle Anhänger der rheinischen Freiheitsbewegung" deutet darauf hin, daß er versucht zu retten, was noch zu retten ist. Ob ihm dies nach seinen bisherigen Mißerfolgen gelingen wird, ist eine Frage, die Herr Smeet sich wahrscheinlich selbst nicht zu beantworten getraut. Im Rheinland selbst weint man natürlich Herrn Smeets keine Träne nach und auch wir können getrost ihn seinem Schicksale überlassen. Er wird eines schönen Tages erkennen müssen, daß die Quellen, die für ihn heute noch fließen, versiegen müssen.

Aus dem Reiche.

Abg. Dr. Heinze über das Steuerkompromiß

Leipzig, 30. Jan. Auf dem parlamentarischen Abend der deutschen Volkspartei in Leipzig hielt der Reichsjustizminister im Kabinett Fehrenbach, Abg. Dr. Heinze, eine Rede, in der er u. a. ein übersichtliches Bild über die jüngsten Ereignisse im Parlament gab. Mit ihrer Beteiligung am Steuerkompromiß habe die Deutsche Volkspartei einen großen Schritt vorwärts getan. Dieser Schritt habe sie von den Deutschnationalen als den grundsätzlichen Gegnern dieses Kompromisses getrennt. In weiten Kreisen werde infolge dieses Schrittes der deutschen Volkspartei die Hoffnung auf Verwirklichung der großen Koalition rege. Dazu sei aber vor allem nötig, daß der deutschen Volkspartei gewisse Garantien gegeben würden. Die bisherige Art der Bildung von Koalitionsministerien durch die Parteien lehnte Heinze mit aller Entschiedenheit ab. Er bekannte sich weiter als ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß in absehbarer Zeit ihre Verwirklichung auch in der neuen parlamentarischen Form nicht möglich sei. Unser Streben muß darauf gerichtet sein, die Mächte der Welt von der Nichtschuld Deutschlands am Kriege zu überzeugen und sie zu der Ansicht zu bringen, daß ein wirtschaftlich arbeitendes Deutschland auch für sie von Nutzen sei. Aus diesen Erwägungen heraus habe er seinerzeit für das Londoner Ultimatum gestimmt. Durch eine Reihe von Belegen (Gefährdung des Ruhrgebietes und Oberschlesiens, Kohlenmangel, Eindringen französischer und polnischer Truppen, Hungerblockade) suchte er seine Stellung zu begründen. Unmögliches sei damals nicht versprochen worden. Der Versuch zur Erfüllung der Ententeforderungen sei natürlich von vornherein bereits zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Entwicklung der Dinge von London bis Cannes sei die beste Rechtfertigung seines Standpunktes. Als eine der für uns wesentlichen Folgeerscheinungen unserer Politik stellte Heinze die Tatsache hin, daß der französische Militarismus in England jetzt mehr verhaßt sei als ehemals der deutsche. Die Aufgaben der Politik der Deutschen Volkspartei faßte Heinze dahin zusammen: Schärfung der Sinne für Staatsnotwendigkeiten, eine Koalition, in der die deutsche Volkspartei vertreten sei oder auf die sie Einfluß habe, eine auswärtige Politik, die Katastrophen vermeide. Als sein Ideal stellte er eine Koalition hin, in der auch die Deutschnationalen vertreten seien. Aber die Deutschnationalen seien dafür zur Zeit nicht zu haben, da sie sich den Staatsnotwendigkeiten verschließen und dadurch die Rechte schädigen.

Ausschuß für Verbrauchssteuern.

Berlin, 30. Jan. Im Verbrauchssteuerausschuß des Reichstages wurde beschlossen, die Steuersätze für Vollbier mit einem Stammwürzgehalt von 8 bis 9% um ein Viertel zu ermäßigen. Zur Förderung des Brauereigewerbes wird aus den Einnahmen der Biersteuer ein weiterer Betrag in Höhe von einer Million Mark bereitgestellt. Der Haustrunk für diejenigen Unternehmer, die im Brauereibetrieb selbst tätig sind, wird freigegeben. Zur wissenschaftlichen Förderung des Brauereigewerbes werden gleichfalls eine Million ausgeworfen.

Letzte Drahtmeldungen.

Bayern gegen die Politisierung des Richterstandes.

München, 31. Jan. Im Hauptausschuß des bayerischen Landtages wurde gestern gegen die Pläne des Reichsjustizministers Radbruch für die Politisierung des Richterstandes und zur Erleichterung der Ehescheidungen Stellung genommen. Hofrat Dr. Meyer erklärte für die Justizverwaltung, daß diese gegen jede politisierung der Rechtspflege sei und an der Unabhängigkeit der Rechtspflege und an der bayerischen Justizbehörde mit Entschiedenheit festhalte. Schwere Bedenken habe die Justizverwaltung gegen den Plan des Reichsjustizministers, durch eine Novelle die Ehescheidungen zu erleichtern. Man solle sich hüten, durch Verletzung heiliger Gefühle in weitesten Volkskreisen, welche die Ehe als Grundlage für Familie und Staat ansehen, gefährliche Weltanschauungsgegensätze wachzurufen. Der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik sei gegenwärtige in einer Umarbeitung begriffen, da der erste Entwurf viel zu weitgehend war. Ein zweiter Entwurf bezieht sich auf die Gesinnung der Beamten und stellt einen Eingriff in die Hoheits- und Disziplinarrechte der Länder dar. Die bayrischen Volksgerichte sollen aufgehoben werden, wenn die neue Strafgesetznovelle zustande gekommen sei. Der Redner sprach sich gegen die Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches und gegen die Milderung der Wuchergesetzgebung aus und bemerkte ferner, daß der Reichsjustizminister neuerdings eine Reichsamnestie angeregt habe, die aber von Preußen und Bayern wegen gemachter schlechter Erfahrungen abgelehnt wurde.

Eine Warnung an die streiklustigen Eisenbahner.

Berlin, 31. Jan. Das Reichskabinett hat sich gestern Abend eingehend mit dem angedrohten Streik eines Teiles der Reichsbahnbeamten beschäftigt. Man war sich darüber einig, daß die unvermeidlichen Wirkungen dieses Streikes die Zerstörung der Vorrechte des deutschen Beamtentums sein müßte. Es ist die geschlossene Auffassung der Reichsregierung, **daß der Streik mit den** Bestimmungen und dem Wesen des Beamtenrechtes völlig unvereinbar ist. Die Reichsregierung richtet deshalb an alle in Betracht kommenden Kreise die dringende Warnung, sich nicht zu Handlungen verleiten zu lassen, die für die Gestaltung ihrer Zukunft verhängnisvoll sein würden. Die innen- und außenpolitische Lage unseres Landes duldet es nicht, daß von verantwortungsloser Seite durch Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Hand an die Gurgel des Staates gelegt wird, wie der von radikaler Seite beliebte Ausdruck lautet. Die Regierung wird deshalb im gegebenen Falle mit äußerster Energie gegen solche Bestrebungen vorgehen.

Schulfragen vor dem Hauptausschuß.

Berlin, 31. Jan. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages trat am Montag nachmittag in die Vorberatung des Etats ein. Begonnen wurde mit dem Kultusetat. Berichterstatter Hollmann (D. V. P.) gab einen Ueberblick über die Ausgaben und Einnahmen des Etats. Er schließt mit einem Zuschuß von 2640 Millionen Mark. Die allgemeine Aussprache beschäftigte sich mit der Schulpolitik im allgemeinen und mit der Lehrerbesoldung Aufbauschulen usw. Kultusminister Boeltz wies darauf hin, daß große Reformen bei der Finanzlage Preußens leider nicht gemacht werden können. Schul- und Kollegiengelder müßten eine Erhöhung erfahren. Es sei eine Staffelung beabsichtigt: kinderreiche Familien sollen besonders berücksichtigt werden. Zum 1. April werden 50 Aufbauklassen gebildet. Für den Lehrplan der Aufbauschulen seien zwei fremde Sprachen vorgesehen Man wünsche den weitesten Kreisen Rechnung zu tragen Auf Anfrage des Abg. Hoff (Dem.) teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der schulstatistischen Erhebungen vom März 1921 im Laufe dieses Jahres bekannt gegeben werden soll. Eine Revision der Bestimmungen über die Arbeiterbeiräte sei zur Zeit nicht beabsichtigt. Der Unterrichtsausschuß des Landtages werde vor einer solchen gehört werden.

Zur Ablehnung Hermes.

Berlin, 31. Jan. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Entschluß Dr. Hermes, den Washingtoner Botschafterposten abzulehnen, auf die Zentrumspartei zurückzuführen ist, die auf sein Verbleiben im Reichskabinett großen Wert legt. Es läßt sich noch nicht sagen, welches von beiden Ressorts Dr. Hermes beibehalten wird. Ueber die Person des Botschafters in Washington wird die Entscheidung in Kürze fallen.

Die deutsche Note vor dem Reparationsausschuß.

Paris, 31. Jan. Die Reparationskommission hat gestern vormittag in Anwesenheit der Vertreter Frankreichs, Englands, Amerikas, Italiens und Belgiens offiziell von der deutschen Note Kenntnis genommen. Um 4 Uhr fand eine zweite Sitzung statt, in der auch die inzwischen von Dr. Fischer nachträglich beigebrachten Memoranden zur deutschen Note vorlagen.

Schutzmaßnahmen bei Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 31. Jan. Die Eisenbahnverwaltung hat Maßnahmen verfügt, die bei Ausbruch eines Ausstandes sofort in Kraft treten werden. So wird man zum Schutze von Arbeitswilligen und Bahnanlagen Schutzpolizei in größerem Maßstabe heranzuziehen. Weiter ist angeordnet worden, daß auch höhere Beamte für die Bedienung von Lokomotiven herangezogen werden.

Bayern gegen die steuerliche Willkür.

Berlin, 30. Jan. Verschiedene bayerische Abgeordnete im Reichstage haben an die Regierung eine Anfrage gerichtet, in der es u. a. heißt: Die Veranlagung der Einkommensteuer für das Jahr 1920 hat in verschiedenen Steuerbezirken Bayerns eine große Erregung hervorgerufen. Die aufgestellten Normalsätze stehen vielfach nicht im Einklang mit den Erträgnissen des Jahres 1920, da es sich meist um Getreide handelt, deren Ertrag noch vollständig von der Zwangswirtschaft erfaßt wurde.

Ist der Reichsregierung bekannt, daß berechtigte Klagen über diese steuerliche Willkür in der Oeffentlichkeit erhoben werden und wie gedenkt sie die Steuerpflichtigen gegen die Willkür einzelner Steuerbehörden zu schützen?

Die Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 30. Jan. Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat beschlossen, zu Mittwoch dieser Woche den erweiterten Vorstand zur endgültigen Beschlußfassung einzuberufen. Wenn auch unter den mittleren und oberen Beamten der Gewerkschaft keinerlei Streikneigung besteht — innerhalb des Vorstandes sollen dieserhalb Differenzen entstanden sein —, so glaubt man doch in Kreisen, die über die Stimmung unter den unteren Beamten unterrichtet sind, daß am Mittwoch der Streikbeschluß bei den Eisenbahnern mit großer Mehrheit gefaßt werden wird. Heute vormittag fanden in der Eisenbahndirektion Besprechungen statt, in denen nochmals die Forderungen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten geprüft wurden. Man ist bemüht, den Beamten in weitestem Maße entgegenzukommen, doch wird erklärt, daß Unmögliches nicht bewilligt werden könne. Die Verhandlungen innerhalb der Eisenbahndirektion werden den ganzen Tag über andauern.

Hierzu wird noch aus München gemeldet: Zu dem Ultimatum der Eisenbahnbeamten teilen die „M. N. N." mit: In Bayern nimmt man den Vorgängen in Berlin gegenüber eine kühl abwartende Haltung ein. Es wird versichert, daß die überwiegende Mehrzahl der bayerischen Eisenbahner von einem Streik nichts wissen will, und Berlin, wenn es die Arbeitsniederlegung proklamiert, die Gefolgschaft versagen wird.

Aus Köln wird berichtet: Im Falle eines Eisenbahnerstreiks soll das besetzte Gebiet von diesem Streik ausgenommen werden. Man will vermeiden, daß Frankreich den Streik für seine separatistischen Pläne ausnützt.

Wie uns weiter gemeldet wird, ist die Lage so, daß man in den Provinzen von einem Streik nichts wissen will, und die ganze Bewegung auf die Bohrungen in Berlin zurückzuführen ist.

Ein Aufruf des Berliner Eisenbahnpräsidenten.

Berlin, 30. Jan. Hinsichtlich des bevorstehenden Streiks der Eisenbahner erließ der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin folgenden Aufruf: Eisenbahner! Ich halte es für meine Pflicht, auf die heftigen Erschütterungen und schweren Folgen hinzuweisen, die ein Streik der Eisenbahner gerade jetzt für die Allgemeinheit und das Vaterland nach innen und nach außen zur Folge haben muß. Ich mache aber auch weiter unter Bezugnahme auf den bekanntgegebenen Ministerialerlaß vom 25. Januar betr. Beamtenstreiks nochmals auf die schweren weitgehenden Folgen aufmerksam, die eine Beteiligung am Streik für die Teilnehmer und seine Familie hat, nach sich zieht. An alle Einsichtigen und verständigen Beamten ergeht daher die dringende Aufforderung, sich ihres Treueverhältnisses zum Staate und ihrer Verantwortung bewußt zu sein und daher jeder Aufforderung zur Beteiligung am Streik abzulehnen und ihrer Dienstpflicht in vollem Umfange nachzukommen. Die Eisenbahnverwaltung wird allen pflichttreuen Beamten bei Ausübung ihrer Pflichten vollen Schutz gewähren.

Eine neue Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 30. Jan. Die Verhandlungen im Reichskohlenrat haben am Samstag zu dem Beschluß geführt, die Bergarbeiterlöhne um durchschnittlich 15 Mark je Mann und Schicht (für Rheinland und Westfalen) zu erhöhen. Dementsprechend ist auch, wie schon angekündigt, eine Heraufsetzung der Kohlenpreise vom 1. Februar an beschlossen worden, und zwar in folgendem Ausmaß:

Steinkohle: Rheinland und Westfalen 50 Mark ohne Steuer für die Tonne Fettförderkohle (die übrigen Sorten werden auf dieser Grundlage nach dem bisherigen Verhältnis berechnet), Niederschlesien 59,80 Mark, Sachsen 60,95 Mark, Aachener Revier 58 Mark, Zeche Nordstern 88 Mark, bayerische Pechkohle 53,20 Mark, bayerische Steinkohle 37,60 Mark. Für das niedersächsische Revier wurde genehmigt, daß bei ihm eine nach dem bisherigen Schlüssel zu berechnende entsprechende Preiserhöhung eintritt.

Braunkohle: Rheinisches Braunkohlensyndikat 45 Mark für Brikets und 15 Mark für Rohbraunkohle, Mitteldeutschland 34,40 Mark für Brikette und 10 Mark für Rohbraunkohle, Kasseler Revier 34 Mark und 15,45 Mark, Forster und Görlitzer Gruppe 34,40 Mark und 10,80 Mark. Auch die Preise für bayerische Braunkohle erhöhen sich entsprechend der Lohnerhöhung, u. für Schwandorf um 8,30 Mark (Rohkohle) und um 29,30 Mark (Brikette).

Die Preiserhöhungen wurden unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums beschlossen. Sie sind, wie erwähnt, lediglich durch den vorausgegangenen Beschluß einer Erhöhung der Löhne bedingt. Außerdem ist man aber bereits in Erwägungen eingetreten, ob und in welchem Umfang durch eine weitere Kohlenpreiserhöhung den in Cannes aufgestellten Forderungen und den Anregungen Rathenaus in London Rechnung getragen werden kann. Gegen eine neue starke Kohlenpreiserhöhung aus dem Anlaß besteht natürlich bei den Erzeugern wie bei den Verbrauchern erheblicher Widerstand. Die Verhandlungen in dieser Richtung, über deren Ausgang noch keinerlei Voraussicht besteht, schweben zur Zeit und dürften wohl in Bälde zum Abschluß kommen.

Keine Verminderung der französischen Besatzungstruppen.

Straßburg, 30. Jan. Nach einer Meldung der Prefinformation aus Paris hat Marschall Foch bei einer Konferenz mit Poincare und zwei französischen Generalstabsoffizieren erklärt, daß im Laufe dieses Jahres keinerlei Verminderungen der französischen Besatzungstruppen im Rheinland vorgenommen würden.

Noblemaire für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Paris, 30. Jan. Die französische Völkerbundliga hat gestern unter Vorsitz des Senatspräsidenten Bourgeois ihre Generalversammlung abgehalten. Abgeord

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Die Finanz- und Budgetkommission des polnischen Parlaments hat beschlossen, im ganzen Staat das Tabakmonopol einzuführen. — Polen ist der Berner Eisenbahnkonvention beigetreten.

•

Die rumänisch-serbische Grenzkommission in Temesbar hat die Grenze zwischen Rumänien und Jugoslavien endgültig festgesetzt. Die Grenze verläuft so, wie sie durch den Vertrag von Sevres festgesetzt worden war.

•

Wie der „Lokalanzeiger hört, hat Prinzessin Oskar einem kräftigem Jungen das Leben geschenkt. Mutter und Kind befinden sich wohl.

•

Der Kieler Hafen ist vollständig zugefroren was seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall war. Die Fördedampfer verkehren in einer freigehaltenen Fahrtrinne.

•

Ein fürchterlicher Schneesturm in Washington verursachte eine schwere Katastrophe. Die ungeheuren Schneemassen drückten das Dach eines Kinos in der Stadt ein, das in den vollbesetzten Zuschauerraum hinabstürzte. Noch in der Nacht wurden 32 Tote geborgen. Sonntag früh hatte man bereits 74 Tote und über 100 zum Teil erheblich verletzte Personen geborgen. Die Aufräumungsarbeiten sind zur Stunde noch nicht ganz beendet.

...olle ...chen! ...ung.
...egen ...nügen ...im Nu ...uf dem ...an Ar...
...Wer? ...rt regelmäßig mit ...n Zuge abends 10[38] ...r von Dortmund ...h Castrop? Mel... ...g unter G. S. an ...Geschäftsstelle der ...stroper Ztg. erbeten.
Nerzmuff ...rloren in der inneren ...dt, viell. Postamt. ...Wiederbringer erhält Be... 504
...Wwe. W. Schulte, ...Bochumerstraße 7.
...liches, seidenweiches ...r erzeugt der berühmte ...arentwickler Gretelin
...sichelt den Haarwuchs, ...ligt u. stärkt das Haar. ...erall beliebt u. bestens empfohlen. 6053 ...u haben: Schwanen... ...gerie, Castrop; Adler... ...gerie Heinz Kösser; ...er-Drogerie, Rauxel ...Th. Holtmann); ...Glückauf-Drogerie ...l. Rohrer, Ickern; ...tral-Drogerie August ...pelmann, Kreuz Dro... ...F. Endemann, Merk...; Drogerie Heinrich ...ighaus, Holthausen. ...leiniger Fabrikant: Brathe, Köln, Maximinenstraße 40.

neter Noblemaire, der Delegierte Frankreichs beim Völkerbund, hat diesen Anlaß benutzt, um die Bilanz der Arbeiten des Jahres 1921 zu ziehen. Der Völkerbund sei gegründet worden, um alle Völker ohne Ausnahme in sich zu vereinigen. Drei der größten Mächte der Welt seien ihm aber bis jetzt noch fern. Aber solange der französisch-deutsche Friede nicht aus der Theorie herauskomme und nicht in den Geist der Völker eingedrungen sei, solange Deutschland sich noch nicht für besiegt erkläre, solange es nicht entwaffnet werde, solange seine Zahlungen noch nicht sichergestellt worden seien, ja solange es noch nicht das gerechte und gemäßigte Gesetz des Friedensvertrages anerkannt und die kontrahierten Verpflichtungen ausgeführt habe, solange müsse eben die Gesellschaft der Völker auf einer sehr schwachen Grundlage organisiert bleiben und solange bleibe ihr Gebäude auf Sand gebaut.

Ein Engländer über die Kriegsbeschuldigtenprozesse.

Berlin, 30. Jan. Der Engländer Mullins, der den Kriegsbeschuldigtenprozessen in Leipzig seinerzeit beiwohnte, hat ein Buch darüber in London veröffentlicht, das beweist, mit welcher Sachlichkeit das Reichsgericht gearbeitet hat. Die „Deutsche Allg. Ztg." veröffentlicht heute einen Auszug aus diesem Buche. Es heißt darin: Das Verfahren bei den Kriegsbeschuldigtenprozessen erinnert an das eines Militärgerichtshofes, in dem die Verhandlungen in gegenseitigem Vertrauen geführt wurden.

Polen gegen die deutschen Gewerkschaften.

Beuthen, 30. Jan. Die polnische Arbeiterpresse veröffentlicht eine Resolution der polnischen sozialen Partei zur Frage des Anschlusses der oberschlesischen Arbeiterorganisationen an die deutschen Gewerkschaften. In dieser Resolution heißt es: Es wird abgelehnt, die örtlichen Arbeiterorganisationen in Oberschlesien weiterhin den Anordnungen der Berliner Gewerkschaftszentrale zu unterstellen. Die Verbindung der oberschlesischen Arbeiterorganisationen mit den deutschen Gewerkschaften muß gelöst werden. Zur Begründung wird mitgeteilt, daß durch eine von der Berliner Zentrale ausgegebene Streikparole wichtige Betriebe im polnischen Teile Oberschlesiens festlagen und so das Wirtschaftsleben Polens beeinflußten.

Um die deutsche Note.

Wie wird die Entscheidung über die deutsche Note ausfallen?

Paris, 30. Jan. Die deutschen Vorschläge, die zur Lösung der Wiederherstellungsfrage für das Jahr 1922 der Berliner Vertretung des Wiederherstellungsausschusses übermittelt wurden, sind durch Sonderkurier eingetroffen.

Wenn man die Erörterungen der französischen Presse aus den letzten Tagen richtig versteht, scheint das Ministerium Poincare jetzt darauf hinzuarbeiten, daß nicht der Wiederherstellungsausschuß über den Zahlungsaufschub entscheiden soll, offenbar deshalb, weil nach den Bestimmungen des Friedensvertrags Frankreich dort überstimmt werden kann. Der französische Vertreter im Wiederherstellungsausschuß scheint deshalb den Standpunkt zu vertreten, die verbündeten Regierungen müßten in dieser wichtigen Frage entscheiden. Das würde also bedeuten, daß in aller Kürze eine neue Tagung des Obersten Rates zu erwarten sei. Recht seltsam mutet eine Mitteilung des Oeuvre an. Hiernach soll der französische Vertreter, Louis Dubois, schon Samstag Kenntnis von dem Inhalt der deutschen Note gehabt haben. Er habe dem Ministerpräsidenten Poincare Samstag nachmittag von seiner Enttäuschung, Verlegenheit und Beunruhigung Mitteilung gemacht und Rat, wenn nicht gar Anweisungen, verlangt. Die Meinung des Vorsitzenden des Wiederherstellungsausschusses sei, daß die Entscheidungen, die seine Kollegen und er zu treffen hätten, ihre Autorität überstiegen und daß daher die Regierungen diese Entscheidungen treffen müßten. Hierzu sei nötig, daß Frankreich und England sich verständigten. Unglücklicherweise sei aber durch die Verhandlungen über den Sicherheitsantrag und über den Orient nach dem Ausspruch von Lloyd Grey, den er am Freitag in Edinburgh getan habe, das Vertrauen zwischen der französischen und der englischen Regierung seit der Gründung der Entente cordiale im Jahre 1904 niemals so gering gewesen wie jetzt.

Diese Meldung bestätigt die Auffassung, daß die Regierung Poincare, die bis jetzt immer darüber wachen wollte, daß die Machtbefugnis des Wiederherstellungsausschusses nicht geschmälert werde, aus taktischen Gründen es nunmehr vorzieht, die Entschädigungsfrage für das Jahr 1922 durch die verbündeten Regierungen lösen zu lassen. Es erscheint übrigens notwendig, im Hinblick auf die zu erwartenden Preßäußerungen zu betonen, daß die deutsche Regierung keine Schuld daran trägt, daß die Wiederherstellungsfrage bis jetzt noch nicht gelöst wurde. Wäre durch den Rücktritt des Ministeriums Briand nicht eine unfreiwillige Vertagung der Konfrenz von Cannes erfolgt, dann hätte sicher noch vor deren Abschluß diese wichtige, für ganz Europa maßgebende Frage gelöst werden können.

Eine Anerkennung der deutschen Leistung.

Paris, 30. Jan. Der Temps bespricht den Inhalt der deutschen Vorschläge und sagt, die deutsche Antwort verdiene reifliche Ueberlegung. Das sei übrigens kein Grund, die von der deutschen Regierung und von den Führern der Mehrheit gemachten Anstrengungen zu verkennen. Man könne sich vielmehr denken, welche politischen Schwierigkeiten hätten überwunden werden müssen. Das Blat behauptet, wenn es auf die finanziellen und sozialen Schwierigkeiten hinweise, die noch vorhanden seien, so tue es dies in der Hoffnung, daß sie jedenfalls überwunden werden könnten. Trotz der Schwierigkeiten dürfe man aber nicht vergessen, daß sich dennoch Anzeichen der Wiedererhebung in Deutschland zeigten. Das Blatt schließt dies aus der preußischen Erntestatistik aus dem Jahre 1921 und aus gewissen Veröffentlichungen der deutschen Reichseisenbahn. Damit aber Deutschland gedeihen könne, sei es immerhin noch notwendig, daß ihm durch eine große internationale Operation Hilfsquellen erschlossen würden, damit seine Gläubiger ihm Zeit lassen könnten. Das habe die deutsche Regierung begriffen, denn in ihrer Antwort spreche sie von einer internationalen Anleihe. Wer müsse aber diese Anleihe fast vollständig zeichnen? fragt das Blatt. Die Länder selbst, die auf dem Weltmarkt die Hauptkonkurrenten Deutschlands seien. Das sei vielleicht bei dem Wiederherstellungsproblem die ernsteste aller Schwierigkeiten. Der wahre Interessenkonflikt liege nicht zwischen Deutschland und seinem Hauptgläubiger, also Frankreich, sondern zwischen Deutschland und seinem etwaigen Geldleiher.

*

Die Zusammenkunft der Außenminister der Entente.

Paris, 30. Jan. Wie der Presse mitgeteilt wird, handelt es sich bei der Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens, die am 1. Februar stattfinden soll, nicht um eine Konferenz, sondern lediglich um eine Besprechung. Poincare wird daher nicht, wie bisher behauptet wurde, den Vorsitz führen.

Lohnerhöhung im Bergbau.

14 Mk. ab 1. Februar. — Betriebsräte-Konferenzen zur Lohnerhöhung.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau verhandelte in Gegenwart von Vertretern der Regierung über die vom 1. Februar ab zu zahlenden Lohnerhöhungen in den verschiedenen Kohlenbergbau-Revieren. Es wurden Vereinbarungen getroffen:

Im rheinisch-westfälischen Bergbau-Bezirk wird vom 1. Februar ab eine Zulage von 14 Mark, bezogen auf die Lohnstufen vom 1. November vorigen Jahres bezahlt und zwar zur Hälfte als Grundlohn und zur Hälfte als Gedingelohn. Die Abmachung gilt, ebenso wie in den anderen Revieren, nur für den Monat Februar. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, auf Anrufen der Arbeitnehmer-Organisationen im Laufe des Monats Februar über Lohnerhöhungen ab 1. März weiter zu verhandeln. Dabei soll auch besonders geprüft werden, ob die sehr wahrscheinlichen späteren Lohnerhöhungen sich auf den bisherigen tarifmäßigen Sätzen vom 1. Juli 1921 zuzüglich der vereinbarten Erhöhungen oder auf den tatsächlich erzielten Durchschnittslöhnen aufbauen sollen.

*

Betriebsräte-Konferenz des Gewerkvereins.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hatte für Sonntag vormittag nach Essen eine Konferenz seiner Betriebsräte des Ruhrkohlenbezirks nach Essen einberufen. Sie war äußerst stark besucht. Die Leitung hatte für den ersten Teil Abg. Imbusch, für den zweiten Teil Sekretär Thiele-Essen gewonnen. Da

die Lohnverhandlungen

in Berlin gestern zum Abschluß gekommen sind, nahm Imbusch, der an den Berliner Beratungen teilgenommen hatte, wie erwartet, eingehend Stellung zu dem Ergebnis.

Abg. Imbusch führte aus, daß der Verhandlung über die Lohnforderungen eine Konferenz im Reichsarbeitsministerium vorangegangen sei. Bekanntlich verlangen die Bergarbeiterorganisationen, daß die Unorganisierten von den Vorteilen des Tarifes ausgeschlossen werden sollen. Zu dieser Konferenz waren mehrere Rechtsgelehrte hinzugezogen worden, die erklärten, daß die Angelegenheit strittig sei und in gewisser Hinsicht gegen § 159 der Verfassung verstoße. Das Kammergericht habe schon einmal gegenteilig entschieden. Auch der frühere Reichsminister Schlicke (M. S. P.) habe eine gegenteilige Ansicht geäußert. Der gegenwärtige Arbeitsminister Dr. Brauns komme den Arbeiterorganisationen entgegen. Ein Gutachten des Justizministers spricht sich dahin aus, daß die Forderung gegen den oben angezogenen Paragraphen der Verfassung verstoße. Es wurde in der Konferenz der Beschluß gefaßt, alle Einzelheiten der Frage zu prüfen, um einen anderen Weg zu finden, welche der Forderung der Bergarbeiter gerecht wird. Die Bergwerksbesitzer sind keine Freunde dieser Forderung. Die Betriebsräte-Konferenz des Gewerkvereins nahm nach kurzer Aussprache folgende Entschließung an:

„Die Ausschaltung der Unorganisierten von den Vorteilen des Tarifvertrages ist eine berechtigte Forderung der Mitglieder der vertragschließenden Bergarbeiterverbände. Die bisherigen Verhandlungen in dieser Frage haben nicht befriedigt. Es wird erwartet, daß die in Aussicht stehenden Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden."

Zu den Lohnverhandlungen führte Imbusch weiter aus: Stinnes habe im Ausschuß des Reichskohlenrates dringend die Notwendigkeit technischer Verbesserungen betont, damit der deutsche Bergbau in Zukunft gegenüber der englischen Kohlenkonkurrenz leistungsfähig bleibe. Der deutsche Bergbau gehe sonst einer schweren Krise entgegen. Die Werksbesitzer aus dem Westen seien nach Berlin zu den Lohnverhandlungen gekommen mit dem Entschluß nichts zu bewilligen. Die Leiter der Maschinenindustrie hätten die Bergwerksbesitzer beeinflußt. Nur Silberberg aus dem Braunkohlenrevier und Stinnes seien bereit gewesen, in eine Lohnerhöhung einzuwilligen. Die übrigen suchten zur Unterstützung ihres ablehnenden Verhaltens auf die Reichsstatistik hinzuweisen. Schließlich boten sie 10 Mark Schichtlohnerhöhung für Februar. Man habe nur 14 Mark Tageslohnerhöhung erreicht. Die Bergarbeiterorganisationen seien sich einig geworden, gleich zu Anfang Februar eine erneute Lohnerhöhung für März zu beantragen. Es habe sich erwiesen, daß die zentralen Verhandlungen sich für den Ruhrbezirk nachteilig zeigen, desgleichen für das Braunkohlenrevier. Man habe auch versucht, eine Erhöhung des Kindergeldes herauszuschlagen, jedoch vergebens.

Es setzte dann eine mehrstündige

Aussprache

ein, die in scharfen Ausführungen das Ergebnis der Berliner Verhandlungen als durchaus unbefriedigend bezeichnete. Zu Worte kamen Betriebsräte aus allen

Z. B.: Gest du ins Theater, dann mußt du sehen, daß mein der Ansicht, daß den Bergwerksbesitzern ein Zusammenstoß mit den Bergarbeitern nicht unerwünscht sei. Der große Unterschied in den Hauerlöhnen müsse beseitigt werden. Besondere Unzufriedenheit herrscht in Bergarbeiterkreisen, wie das aus der Aussprache hervorging, über die Tatsache, daß man erst im März in den Besitz der höheren Schichtlöhne gelangt. Bis dahin sei eine Verarmung der Bergarbeiter eingetreten. Die Ueberschichtenfrage ist in den Berliner Verhandlungen nicht erörtert worden. Schließlich nahm die Konferenz folgende Entschließung zu den Lohnverhandlungen an:

„Die Betriebsrätekonferenz des Gewerkvereins ist von dem Ergebnis der Lohnverhandlungen nicht ganz befriedigt. Die Leitung des Gewerkvereins wird beauftragt, bei den neuen Lohnverhandlungen im Februar außer einer weiteren Lohnerhöhung für einen entsprechenden Ausgleich für Januar zu sorgen. Die KonferenzKonferenzteilnehmer erwarten, daß die Lohnverhandlungen im Februar beschleunigt und die neue Lohnerhöhung auf den Grundlohn zugelegt wird.

Der weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit dem Manteltarif und forderte schnellste Beseitigung der bestehenden Mängel. Zum Schlusse behandelte Wehner-Essen die Richtlinien für Betriebsräte. Die Neuwahlen der Betriebsräte im Bergbau erfolgen Ende März an einem Tage.

Der Alte Verband.

Bochum 30. Januar. Der alte Bergarbeiterverband hielt am Sonntag im Parkhause eine Delegierten- und Betriebsrätekonferenz des Ruhrreviers ab, in der die Fragen besprochen wurden, die eine gewisse Erregung bei den Bergleuten hervorgerufen haben, nämlich die steigende Teuerung, das Verhalten der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen und gegenüber den Betriebsräten. In der Versammlung kam der Unwille darüber zum Ausdruck, daß die Unternehmer das Betriebsrätegesetz zu sabotieren und die Tarifverhandlungen zu verschleppen versuchen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der folgende Forderungen erhoben wurden: 1. Sicherstellung der Rechte der Betriebsräte nach einem von den Organisationen ausgearbeiteten Entwurf von Richtlinien zum Betriebsrätegesetz. 2. Schnellster Abschluß des Tarifvertrages einschließlich der Regelung der Unorganisiertenfrage, Bücherkontrolle und Anerkennung der von den Organisationen geführten Streiks. Ferner wurden zwei Anträge des Steigers Werner angenommen, die Kohlenwirtschaft gemeinsam zu behandeln und die Betriebsräte zu berechtigen, ein bis zwei Mitglieder in den Grubenvorstand zu entsenden. Die Kohlenpreise müßten auf Grund der Selbstkosten überall im Reiche gleich bemessen werden. Das am 23. Januar abgeschlossene Lohnabkommen wurde angenommen, obwohl die Versammlung viel weitgehendere Forderungen für berechtigt hielt.

Die russische Abordnung für Genua.

London, 30. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Observer" in Moskau meldet unter dem 27. Januar: Der Vollzugsausschuß der Sowjetrepublik stimmte der von den Volkskommissaren vorgeschlagenen Zusammensetzung der russischen Abordnung für die Konferenz von Genua zu. Die Abordnung besteht aus 15 Mitgliedern, darunter Lenin als Vorsitzender, Tschitscherin, Krassin, Litwinow, Joffe, Worowski und Kakowski. Die Abordnung besitzt Vollmachten, Abkommen und Verträge abzuschließen. Tschitscherin gab einen Ueberblick über die diplomatischen Beziehungen Rußlands, wobei er die Führung Großbritanniens auf dem Wege zum europäischen Frieden und zur Versöhnung hervorhob. Er erwähnte die Bereitwilligkeit Englands, zu einer Einigung mit Sowjetrußland zu kommen und rühmte die Elastizität Lloyd Georges. Lloyd George eröffne eine neue Epoche in der Geschichte. Die Sowjetregierung stehe in Genua vor der Verwirklichung ihrer brennendsten Wünsche, jedoch stehe Rußland vor einer neuen ernsten Frage denn der Versuch, die wirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen, bedeute die wirtschaftliche Unterstützung Rußlands. Tschitscherin schloß seinen Ueberblick mit einem Lob auf den Versöhnlichkeitssinn Großbritanniens in den Angelegenheiten der Welt und auf das Genie Lloyd Georges.

Die Türkei will auch nach Genua.

London, 30. Jan. Die türkische Regierung hat der Entente eine Mitteilung zugehen lassen, in der sie bittet, an der Konferenz in Genua teilnehmen zu dürfen.

Ende der Abrüstungskonferenz.

London, 30. Jan. Wie aus Washington mitgeteilt wird, dürften die Arbeiten der Abrüstungskonferenz in wenige Tagen erledigt sein. Es sind nur noch zwei Punkte zu erledigen: 1. Artikel 19 des Flottenabkommens bezüglich der Befestigung des Stillen Ozeans, worüber noch die Antwort aus Tokio aussteht; 2. die Schantungfrage, in der noch verschiedene Abkommen zu treffen sind. Präsident Harding bemüht sich bei der chinesischen Delegation, eine endgültige Annahme der Vorschläge zu erhalten. Man glaubt in politischen Kreisen, daß diese beiden Punkte in wenigen Tagen geregelt sein werden.

Aus dem Auslande.

England.

50 britische Kriegsschiffe vor Gibraltar.

Paris, 30. Jan. Nach einem Funkspruch aus London ist in Gibraltar die erste Division der britischen Atlantik-Flotte angekommen; für den 3. Februar werde die zweite erwartet. Vor Gibraltar würden dann 50 Kriegsschiffe liegen, die dort bis in den April hinein manövrieren und die benachbarten Häfen besuchen würden. Hierzu bemerkt der Intransigeant, es sei unbekannt ob die Anwesenheit dieser Flotte in der Straße von Gibraltar mit den Verhandlungen über das Statut von Tanger im Zusammenhang stünde. Die vorstehende Depesche werde in London mit dem Datum Gibraltar veröffentlicht.

Rußland.

Die Hungersnot in Rußland.

Charkow, 30. Jan. Aus Ostrußland wird gemeldet, daß die Hungernden sich zusammenrotten und die Dörfer überfallen, um Lebensmittel zu erbeuten. Ein Pfund Schwarzbrot kostet bereits 40 000 Rubel. Aehnliche Zustände herrschen auch in der Umgegend von Cherson und Nikolajew. Aus der Ukraine wird gemeldet, daß die Cholera immer mehr um sich greift. In Kiew wurden gegen 270 Fälle festgestellt. Die Sterblichkeitsziffer erreichte annähernd 50%.

Die Vorbereitungen der Papstwahl

Die Feierlichkeiten im Vatikan.

Rom, 30. Jan. Bei dem Empfang des diplomatischen Korps im Vatikan gab der spanische Botschafter als Rangältester dem unersetzlichen Verlust der katholischen Kirche und der ganzen Welt Ausdruck. Der Botschafter betonte, daß die diplomatischen Vertreter beim Heiligen Stuhl, deren Zahl jetzt größer sei als in allen vergangenen Phasen der Geschichte, diese Trauer um so tiefer empfänden, als sie die hohen sittlichen und geistigen Tugenden Benedikts XV. bewundert hätten. Christliche Mildtätigkeit habe sich in der Hilfe offenbart, die er während des Krieges und nachher Tausenden von Menschen ohne Unterschied der Rassen, Völker und Religionen habe angedeihen lassen. Das diplomatische Korps vereinige seine Gebete mit denen der Kardinäle und der ganzen Christenheit für den in die Ewigkeit Eingegangenen, dessen letzter Seufzer eine letzte Bitte für die leidende Menschheit gewesen sei. Kardinal Gasparri hob in seinem Dank hervor, daß diejenigen, denen es infolge ihrer Stellung vergönnt gewesen sei, dem Papste näherzutreten, seine oberhirtliche Tätigkeit am besten würdigen könnten. Der Kardinal endigte mit dem Wunsch, daß es dem Kardinalkollegium, gestützt auf die Offenbarung der Sympathie der ganzen Welt und vor allem auf die Erleuchtung des Höchsten, bald möglich sein möge, der Kirche ein Oberhaupt zu geben und einen würdigen Nachfolger dessen, den die Welt als Wohltäter der Menschheit, als Apostel der Mildtätigkeit und als Friedenspapst preise.

Die Versammlung der Kardinäle.

Rom, 30. Jan. Die Kardinäle Lafontaine, Venedig, Ratti, Mailand, Vidal, Tarragona, Lucca, Reims, Maurin, Lyon, Dubois, Paris, Czernoch, Gran, Kakowski, Warschau, Dalbor, Posen und Mercier, Mecheln sind heute hier eingetroffen. Nach Blättermeldungen werden die Kardinäle Prisco (Italien), Arcoverde (Brasilien), Begin (Kanada), Herrera (Spanien) u. Skrbensky (Tschecho-Slowakei) wegen Alters oder Krankheit am Konklave nicht teilnehmen.

Kardinal Merry del Val ist einstimmig zum Mitglied der verschiedenen Kardinalausschüsse gewählt worden, die den Auftrag haben, die Angelegenheiten der Kirche während der Zeit, in der der päpstliche Stuhl unbesetzt ist, zu erledigen.

Am 2. Februar wird Kardinal Vannutelli in der Paulinenkapelle die feierliche Messe des heiligen Geistes singen. Nach der Messe wird das Gebet „Pro eligendo summo pontifice" gebetet werden. Am selben Tage um 3,30 Uhr nachmittags werden die 70 Kardinäle abermals in der Paulinenkapelle zusammenkommen und von dort unter Vorantragung des Kreuzes und unter dem Gesang des „Veni, creator spiritus" sich nach dem Konklave begeben.

Nachrichten aus Westdeutschland.

Gronowski Oberpräsident von Westfalen?

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtage hat am letzten Mittwoch beschlossen, den Abgeordneten Parteisekretär Gronowski-Dortmund der preußischen Regierung zur Ernennung als Oberpräsident der Provinz Westfalen vorzuschlagen. Oberpräsident Dr. Wuermeling scheidet bekanntlich am 1. April altershalber aus dem Dienste aus. Die Besetzung der Stelle hat nach den gesetzlichen Vorschriften im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß zu erfolgen; dieser tritt in der ersten Hälfte des Februar zu einer Sitzung zusammen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Fast gleichzeitig läuft die nachstehende Meldung ein: „Nachdem anscheinend der Minister des Innern Severing entschlossen ist, den Landrat Schulze-Pelkum nach dem Wunsche seiner Parteigenossen zum Opfer zu bringen, verlautet, daß Severing mit den Zentrumsabgeordneten Gronowski den freiwerdenden Landratsposten von Hamm i. W. zu besetzen gedenkt."

Gronowski sind, wie wir aus bester Quelle wissen, in letzter Zeit schon mehrfach Landratsposten angetragen, er hat sie aber ausgeschlagen, weil Unterhandlungen schwebten, die seine Präsentierung für den freiwerdenden Posten des Oberpräsidenten von Westfalen zum Ziele hatten. Man darf daher wohl annehmen, daß er auch das ihm jetzt angebotene Amt in Hamm ablehnt, um frei zu sein für die in der ersten Meldung genannte Berufung.

*

* **Essen.** (Freigesprochen.) Vor dem Schwurgericht hatte sich heute die 35 Jahre alte Ehefrau des Zechenarbeiters Max Honisch aus Rellinghausen unter der Anklage des Totschlages und des versuchten Totschlages zu verantworten. Die Angeklagte hat am 4. Juni letzten Jahres ihren 6 Jahre alten Sohn Wilhelm durch Kleesalz getötet und ihren um 1 Jahr älteren Sohn Franz auf die gleiche Weise zu töten versucht. Die Verhandlung entrollte trübe Bilder eines unglücklichen Familienlebens. Der Ehemann der Angeklagten sorgte unzureichend für die Familie, so daß diese Not leiden mußte. Unter der Einwirkung der Enttäuschungen und Entbehrungen beschloß die Angeklagte mit ihren beiden Kindern aus dem Leben zu scheiden. Die Angeklagte und ihr älterer Sohn sind mit dem Leben davongekommen. Obwohl der gerichtsärztliche Sachverständige die Angeklagte für die Tat strafrechtlich verantwortlich machte, verneinten die Geschworenen sämtliche Schuldfragen. Die Angeklagte wurde daraufhin auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

* **Barmen.** (Familientragödie.) Unter den Angehörigen einer Familie aus der Finkenstraße entstand, als der Ehemann betrunken nach Hause kam, ein Streit, der Mann begann seine Frau zu mißhandeln, worüber die Kinder in höchstem Maße empört waren. Sie standen ihrer Mutter bei und ein Sohn versetzte dem Vater mit einem Stock einen derartigen Schlag auf den Kopf, daß der Getroffene sofort zu Boden stürzte und tot liegen blieb. Ob der Mann durch den Schlag oder durch den Sturz einen Schädelbruch oder Genickbruch davongetragen steht noch nicht fest. Die Untersuchung wurde eingeleitet. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

* **Köln.** (Schwindler.) Neuerdings werden Geschäftsleute auf folgende Weise zu betrügen versucht: Von auswärts ruft ein angeblicher Geschäftsmann an und bestellt in der Regel einen größeren Posten Waren, der abgeholt werden soll. Ein Beauftragter des angeblichen Geschäftsmannes meldet sich auch bald darauf und zeigt einen Posteinlieferungsschein vor, wonach sein Auftraggeber den Betrag für die abzuholenden Waren bereits durch Postanweisung oder Zahlkarte eingezahlt hat. In allen Fällen sind diese Einlieferungsscheine als gefälscht festgestellt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Schwindler das Feld ihrer Tätigkeit auch nach hier verlegen. Vor ihnen sei daher gewarnt.

* **Aachen.** (Zunehmende Arbeitslosigkeit.) Vom Arbeits- und Berufsamt der Stadt Aachen wird in der letzten Woche zunehmende Arbeitslosigkeit gemeldet. Besonders wird auf das weitere Steigen der Angebote von Arbeitskräften aus dem Textilgewerbe hingewiesen. Auch in den übrigen Berufen nehmen die Angebote der Arbeitnehmer zu.

Aus Stadt und Land.

⚠ **Verkehrssperen.** Von der Handelskammer Dortmund wird uns mitgeteilt: Verboten wird bis auf weiteres im Eisenbahndirektionsbezirk Essen die Annahme sämtlicher Frachtgut-Wagenladungen mit Ausnahme von Wiederaufbaugut und Eisenbahndienstkohle, sowie Sendungen für Besatzungsbehörden. Außerdem ist gesperrt die Annahme von Frachtgut-Wagenladungen mit den gleichen Ausnahmen im Versand von allen deutschen Reichsbahnen nach den Bezirken Essen und Köln und im Durchlauf durch dieselben. Ferner ist die Annahme von Frachtgut-Wagenladungen nach allen Bahnhöfen in Bremen gesperrt. — Die angeordnete Annahmesperre für Frachtstückgut nach Köln-Gereon Ort und Uebergang, sowie nach Kalk-Nord Ort und Uebergang wird aufgehoben. Der Verkehr nach den südlich von Köln gelegenen Stationen ist somit wieder frei.

⚠ **Die Besoldung der Kommunalbeamten.** Im Rathause zu Essen fanden Samstag unter äußerst starker Beteiligung von Vertretern der Gemeinden, der Landkreise und der Provinzialverwaltungen sowie der Beamtenschaft dieser Körperschaften Verhandlungen mit Kommissaren der Preuß. Ministerien des Innern und der Finanzen statt wegen der künftigen Gestaltung der Kommunalbeamtenbesoldung. Auch die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten von Rheinland und Westfalen und des Regierungsbezirks Düsseldorf waren nebst

Blitzblanken Zähnen
schneeweiß und gesund dabei!
Mundgeruch verschwindet! Und dabei so billig!
Solidento die Kombella-Zahnpasta
In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und besseren Friseurgeschäften
Bestimmt zu haben in Castrop: Adler-Drogerie Heinz Köster; Schwan-Drogerie A. Appelhans; Merklinde: Kreuz-Drogerie F. Endemann; Rauxel: Central-Drogerie F. Schmitz. 865

einem Stabe von Räten erschienen. Der unter Führung des Stadtverordnetenvorstehers und Staatskommissars Mehlich vor kurzem gebildete interfraktionelle Ausschuß von Stadtverordneten hate sich ebenfalls eingefunden. Die Castroper Stadtverwaltung war durch Herrn Krampe, das Amt Rauxel durch Herrn Kuhn vertreten.

Die fast achtstündigen Verhandlungen wurden geleitet von dem Ministerialdirektor Muhlert aus dem Preuß. Ministerium des Innern. Absicht der Regierung war, sich über die Besoldungsverhältnisse der Kommunalbeamten im Westen und über die bei der kommenden, durch das Besoldungssperrgesetz beeinflußten Neuregelung zu beachtenden Gesichtspunkte zu informieren und Richtlinien aufzustellen. Die Erörterungen wurden eine zeitlang beeinträchtigt durch Meinungsverschiedenheiten, die sich ergaben zwischen der Auffassung des interfraktionellen Stadtverordnetenausschusses (der Kritik übte an der bisherigen Besoldungsregelung) und der Haltung der Oberbürgermeister und sonstigen Vertreter der Selbstverwaltung sowie der Beamten, die mit Nachdruck auf die Eigenart der Kommunen und die bedrohten Belange der Selbstverwaltung. Der Regierungspräsident Grützner von Düsseldorf, der die Haltung des interfraktionellen Ausschusses unterstützte, und diesem Ausschuß die Aufgaben einer Kontrolle der städtischen Finanzgebarung zuwies, wurde scharf kritisiert unter Hinweis auf die in seinem Standpunkt liegende Verkennung der gesetzlich Verantwortung der Bürgermeister und der Zuständigkeit von Stadtverordneten-Versammlungen und staatlicher Aufsichtsbehörde. Es kam wiederholt die Befürchtung zum Ausdruck, daß durch eine schematische Anwendung des Besoldungssperrgesetzes, wie sie das Reichsfinanzministerium fordert, das Grab gegraben werde. Der Vertreter des Ministers sagte Würdigung der für den Westen in Betracht kommenden besonderen Verhältnisse in provinziellen Beratungen mit den Kommunen und Beamtenorganisationen zu. Die ganze Neuregelung soll bis zum 1. April erledigt sein. Der Reichsfinanzminister machte davon die Weitergewährung der Vorschüsse abhängig.

⊡ **Ausländerbeschäftigung in Bergbau, Industrie, Gewerbe und Hauswirtschaft.** Nach dem Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 12. 12. 21 IV E 2056/II muß die Legitimierung aller im Inland beschäftigten ausländischen Arbeiter auch im Bergbau, in Industrie und Gewerbe, sowie in der Hauswirtschaft für das Jahr 1922 neu erfolgen. Soweit diese ausländischen Arbeitskräfte nach dem 1. Oktober 1920 in das Inland gekommen sind, muß dem Legitimationsantrag ein Ausweis des Landesarbeitsamtes Westfalen und Lippe darüber beigefügt werden, daß die betreffenden Ausländer auf ihren Arbeitsstellen unentbehrlich sind. Dieser Ausweis wird vom Landesarbeitsamt auf entsprechenden Antrag beim Arbeitsamt in Dortmund, Kapellenstraße 12 bezw. bei den Arbeitsnachweisen in Castrop, Lünen, Mengede und Rauxel ausgestellt. Formulare zu diesem Antrage sind bei dem genannten Arbeitsamt bezw. den Arbeitsnachweisen oder bei den Ortspolizeibehörden erhältlich. Zur Deckung der Unkosten für das Prüfungsverfahren wird eine Gebühr in Höhe von 20 Mk. für jeden genehmigten Ausländer durch das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe vor Aushändigung der Genehmigungsausweise unmittelbar vom Arbeitgeber erhoben. Die Anträge sind bis zum 10. Februar 1922 bei obigem Arbeitsamt bezw. bei den Arbeitsnachweisen einzureichen.

✉ **Die Allgemeine Ortskrankenkasse Castrop** hielt am Sonntag morgen bei Lueg eine Ausschußsitzung ab. Als Vorsitzende des Ausschusses wurden die Herren Hermes und Droste gewählt. Aus den übrigen Verhandlungen erwähnen wir folgendes:

Nach dem Gesetz vom 28. 12. 21 ist die Versicherungsgrenze von 15 000 auf 40 000 Mark erhöht. Demzufolge ist auch der Grundlohn, nach welchem sich die Beiträge und Leistungen richten, von 30 auf 80 Mark heraufgesetzt worden. Der Vorstand kann den Grundlohn bis 60 Mark festsetzen. Darüber hinaus bedarf es eines Beschlusses des Ausschusses. Die Genehmigung durch das Oberversicherungsamt ist nicht erforderlich. Vorstand schlägt vor, den Grundlohn bis 80 Mark festzusetzen um den Mitgliedern in den höheren Klassen im Falle der Erkrankung einen den Verdienstausfall in etwa entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Der Ausschuß stimmte diesem Vorschlage einstimmig zu. Die Neuerung soll am 1. 2. 22 in Kraft treten. Die Familienhilfe soll ausgebaut werden insofern, als auch die Kosten für specialärztliche Behandlung und einen Zuschuß zu den entstehenden Krankenhauspflegekosten gewährt werden und zwar für Erwachsene 15 Mark und für Kinder bis 14 Jahren 10 Mark täglich. Der Zuschuß wird für größere und kleine Heilmittel auf 150 Mark erhöht.

* **St. Barbara-Knappen-Verein.** Freunde einer guten, gediegenen Theateraufführung werden darauf hingewiesen, daß die Theaterabteilung des St. Barbara-Knappen-Vereins Castrop am Sonntag, den 5. Februar im Gesellenhausfaale einen Theaterabend veranstaltet. Das Stück betitelt sich „Gesühnte Schuld" von Friedr. Schare und zeigt uns in packender eindrucksvoller Weise die Folgen der Nichtachtung des 4. Gebotes. Szenen voll dramatischen Inhalts fesseln die Besucher von Anfang bis zu Ende und liefern so den Beweis, daß auch sittlich einwandfreie Aufführungen wohl geeignet sind, den Ansprüchen dramatischer Liebhaber gerecht zu werden, ohne dem allzu Sinnlichen Konzessionen machen zu müssen. Der Theaterabteilung des Barbara-Knappen Vereins, die oft genug ihr schauspielerisches Können gezeigt hat, wünschen wir für Sonntag besten Erfolg. Vorverkaufskarten sind in der Buchhandlung Kirsch Zigarrengeschäft Schnettelker und im Gesellenhaus und bei den Mitgliedern der Theaterabteilung erhältlich.

△ **Jugendlicher Unfug** verübten 8 aus der Kolonie Erindorf stammende Jungen von einem an der Christinenstraße stehenden Wagen eine Anzahl für Kanalisierungszwecke angefahrene Zementrohre herabzuwerfen, sodaß diese zu Bruch gingen. 7 von den Burschen stehen noch im schulpflichtigen Alter, einer ist 16 Jahre alt. Die Eltern müssen nun neben der Strafe auch noch den entstandenen Schaden in Höhe von 700 bis 800 Mark decken. Der Vorfall sollte Eltern und Erziehern Veranlassung geben, ihre Kinder zu ermahnen, sich nicht in jugendlicher Unbedachtsamkeit zu derartigen Vandalenstückchen verleiten zu lassen.

⊙ **Von unseren Sparkassen.** Der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes hat in seiner Sitzung vom 24. Januar den Ausbau des Verbandes zu einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft beschlossen. Ein neuer Entwurf der Verbandssatzung ist ausgearbeitet und wird den zuständigen Stellen vorgelegt. Die fachmännischen Verbandsprüfungen sollen als bedeutsame Verbandsaufgabe den neuen Verhältnissen entsprechend ausgebaut werden. Zur besseren Vertretung der Sparkassenbelange im Parlament und in der Oeffentlichkeit wurde die Bildung eines besonderen parlamentarischen Beirates in die Wege geleitet. Ende Januar wird erstmalig die schon früher beschlossene Statistik der Spar- und Scheckeinlagen bei den Sparkassen des Verbandsgebietes einheitlich durchgeführt. Die im Hinblick auf die Möglichkeit der Erweiterung ihres Geschäftskreises bereits Mitte vergangenen Jahres aufgestellten Satzungsänderungen für die Sparkassen werden seit einiger Zeit ohne hinreichenden Grund nicht mehr genehmigt. Hiergegen wendet sich ein auf Vorschlag des Herrn Bürgermeisters Grootens-Büttgen gefaßter Beschluß. Ein Ausschuß von Praktikern wurde mit der Neufestsetzung der im Geschäftsbetrieb der Sparkassen erhobenen Gebühren beauftragt. Zugleich sollen auch Maßnahmen erhoben werden, um die stark gestiegenen Verwaltungskosten der Sparkassen zu decken.

§ **Kein Vorschuß bei Gehaltserhöhung.** Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk haben verschiedene Gemeinden den Volksschullehrpersonen auch jetzt wieder Vorschüsse auf die neuen Besoldungen gezahlt. Der Minister für Volksbildung weist zugleich im Namen des Finanzministers nochmals darauf hin, daß die Volksschullehrpersonen in jeder Beziehung wie die preußischen Beamten der entsprechenden Besoldungsgruppe zu behandeln sind. Eine Besserstellung durch Gewährung von besonderen Vorschüssen können somit nicht zugelassen werden.

♂ **Der Abzug des Krankengeldes vom Gehalt.** Die Angestellten bei den Reichs- und preußischen Staatsverwaltungen erhalten nach dem Tarifvertrag vom 6. November im Falle einer Arbeitsunfähigkeit infolge von Unfall oder Krankheit ihre Vergütung nach Abzug der reichsgesetzlichen Barleistungen an Kranken- und Hausgeld weiter. Es war die Frage entstanden, ob ein Abzug der reichsgesetzlichen Leistungen nur dann erfolgen darf, wenn diese Leistungen in barem Gelde gewährt werden, daß also bei Krankenhauspflege ein daneben gewährtes Hausgeld, nicht aber der Geldwert der Krankenhauspflege von der Vergütung abgezogen werden dürfe. Der Reichsarbeitsminister weist jetzt darauf hin, daß zu den Barleistungen nicht die Krankenhauspflege gehört. Das Krankengeld ist dann also nicht abzuziehen. Gekürzt wird nur um den Betrag des Hausgeldes, das auf die Dienstbezüge angerechnet wird. Auch besondere Barleistungen werden angerechnet, wenn diese Sonderleistungen auf Grund der Satzungen der Krankenkasse gezahlt werden.

⊙ **Zur Beachtung für unsere Mitarbeiter.** Die Oberpostdirektion Dortmund schreibt uns:

„In einigen Zeitungen ist eine Mitteilung enthalten, wonach es zulässig sein soll, daß die Berichterstatter und Mitarbeiter die Mitteilungen und Nachrichten für die Redaktion gegen Drucksachengebühr versenden dürfen, wenn den Mitteilungen nur der Name des Absenders beigefügt und der Briefumschlag mit dem Vermerk „Zeitungsnachrichten" versehen wird. Eine derartige Vorschrift besteht nicht. Schriftliche Mitteilungen dürfen nicht als Drucksache versandt werden. Ergebenst wird anheimgestellt, die irreführende Nachricht zu widerrufen. Bemerkt wird, daß nach § 8 der Postordnung vom 22. Dezember 1921 für sich versandte Urschriften (Manuskripte) von Werken oder Zeitungen als „Geschäftspapiere" gegen ermäßigte Gebühr (bis 250 Gramm schwer 2 Mk., über 250 bis 500 Gramm 3 Mk. und über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 4 Mk.), zugelassen werden. Schriftstücke oder Vermerke, die die Eigenschaft einer eigentlichen oder persönlichen Mitteilung haben, dürfen aber Geschäftspapiere nicht beigefügt werden."

Amt Rauxel.

⊡ **Rauxel.** (Aufgeklärter Diebstahl.) Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, ist auch der vor einiger Zeit beim Landwirt Holthaus in Rauxel-Schwerin ausgeführte Einbruchsdiebstahl auf das Konto des Einbrechers Witorska aus Sodingen zu setzen. Auch hier waren es in der Hauptsache Silberbestecke und Wäschestücke, die dem Diebe in die Hände fielen. Außer diesem und den bereits gemeldeten 19 Diebstählen konnten dem W. inzwischen noch mehrere Einbrüche in Herne und Sodingen nachgewiesen werden, sodaß die Gesamtzahl der von W. zugegebenen Einbrüche bereits mehr als 2 Dutzend beträgt. Er leugnet nach wie vor, Spießgesellen gehabt zu haben und behauptet alles allein gemacht zu haben.

Aus aller Welt.

Was die polnische Freundschaft Frankreich kostet.

Die „Ere Nouvelle" veröffentlicht unter dem Titel „Was uns Polen schuldet" eine nicht uninteressante Zusammenstellung aller französischen Aufwendungen für den neuen Emporkömmling in den Jahren nach dem Waffenstillstande. Das Blatt erwähnt u. a. die Aufstellung der Armee Haller, die in Frankreich auf Kosten Frankreichs ausgerüstet und bewaffnet wurde. Ferner die Tatsache, daß nach dem Wortlaut des französisch-polnischen Vertrages vom 15. Januar alle französischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die nach Polen geschickt worden waren, zwar den polnischen Etat mit ihren Kosten belasteten, aber von Frankreich bezahlt wurden. Im Frühjahr 1920 hat Frankreich an Polen geliefert: 327 000 Gewehre, 2800 Maschinengewehre, 48 000 Revolver mit 518 Millionen Patronen,, 1494 Kanonen von 75, 105, 130, 155 Millim. mit 10 123 060 Granaten 291 Flieger, 250 Automobile und noch anderes Kriegsgerät in sehr beträchtlichen Mengen. Und als die polnischen Bauern keine Pferde hatten, schickte Frankreich nach Polen 24 200 Pferde mit 30 000 T. Futtermaterial. Obwohl es zwar schwierig ist, Zahlen zu nennen, so kann man doch feststellen, daß im französischen Etat von 1920 und 1921 ein Kredit von zusammen einer Milliarde Francs vorhanden ist. Aber es ist ja bekannt, daß Polen in den allerungeschicktesten Augenblicken kriegerischen Geist bekundet, was die Expedition gegen das friedliche Litauen und die Unterhaltung eines 50 000 Mann starken Korps um Wilna zu gewinnen, beweist. Nachdem das Blatt noch nähere Angaben über die Ausrüstung der Zeligowskischen Armee, die gleichfalls aus rein französischen Mitteln bestritten wurde, gemacht hat, schließt es: Bei dieser Ungleichheit zwischen Schuldner und Gläubiger muß man sich fragen, ob Frankreich nicht die Rolle des Dumme spielt, und ob es noch angebracht ist, noch mehr Geld in dieses Faß der Danaiden zu schütten.

Heiteres aus ernster Zeit.

Man hat bisher allgemein angenommen, daß der Reichspräsident Ebert der sozialdemokratischen Partei angehört. Das ist indes ein Irrtum, wie Herr Graf Hoensbroech der staunenden Welt versichert. In General Keims weiten Kreisen unbekannter Monatszeitschrift setzt er mit der Geistesschärfe, die ihn auszeichnet, auseinander, daß Herr Ebert eigentlich Zentrumsmann ist. Die Kenntnis dieser Entdeckung verdanken wir dem „Reichsboten", der sie freudestrahlend aus dem Dunkel des Keimschen Presseerzeugnisses hervorhebt, um sie in das Licht der freilich ein wenig beschränkten „Reichsboten"-Oeffentlichkeit zu stellen. Also der Herr Graf ist folgendem recht ultramontanen Streich auf die Spur gekommen:

„Das katholisch-konfessionelle Zentrum hat den Antrag auf Erhöhung des Ebertschen Gehaltes eingebracht. Warum gerade das Zentrum? Warum nicht die Parteigenossen Eberts, die Sozialdemokraten? Herr Ebert und Frau sind, seitdem sie in der Wilhelmstraße wohnen aus früheren Auch-Katholiken sehr eifrige Katholiken geworden. Sie sind also konfessionell betrachtet, Zentrumsleute. Und weiter: Herr Ebert geht also zur Beichte. Wäre die Beichte ein rein religiöser Akt, kein Wort wäre über Herrn Eberts Beichten zu verlieren: aber die „religiöse" Beichte ist schon seit Jahrhunderten wesentlich kultur-politisches Machtmittel der römischen Kirche. Vom Beichtstuhle aus wird das private und öffentliche Leben der Beichtenden in allen seinen Beziehungen geleitet. Wer es nicht glaubt, lese die moraltheologischen Anweisungen für Beichtväter. Wird nicht die Kirche eifrig bemüht sein, Herrn Ebert den „geeigneten" Beichtvater zu stellen (Jesuiten gibt es ja jetzt genug in Berlin), der ihn auf seine „Pflichten" aufmerksam macht, die er als „Staatsoberhaupt" Rom gegenüber hat? Vergesse man nicht: der Abschluß eines Konkordates steht bevor. Da wird der Ebertsche Beichtvater ein Wörtchen mitsprechen."

Womit Herr Graf Hoensbroech die alte Tatsache neu bestätigt, daß er nur noch von der heiteren Seite zu nehmen ist. Unfreiwillige Witze sind immer noch die besten.

Zuverlässiger Bote (Botin)

für die Abendstunden von 9—11 Uhr gesucht. Meldungen unter G. S. an die Geschäftsstelle.

Zur Einsegnung

treffen täglich Neuheiten in blauen

Kommunion- u. Konfirmations-Anzügen

Hüten und Wäsche

ein und bringen wir eine Auswahl, wie solche von keiner Seite hier annähernd erreicht werden kann, in besten Qualitäten.

Ersatz für Maß, in jeder Preislage, 1-, und 2-reihig, von **193** bis **675** Mk.

Beachten Sie unsere Schaufenster. 388

Gebr. Rollmann

Castrop

Wittenerstraße 6 **Ecke Mühlenstraße**

Gesprengte Fesseln

Roman von Hans Schulze.

43 (Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Und als er am Abend des Duells bis in die späte Nacht um sein fliehendes Leben gerungen, da war kein Mitleid in ihrem verbitterten Herzen gewesen, da hatte sie nur den einen Wunsch gehabt, daß der Schnitter Tod sein Werk schnell und gründlich besorgen möge.

Die Einsame stöhnte leise auf und tastete sich aus der geheimnisvollen Mondeshelle, die ihre erregte Phantasie mit den düstersten Bildern der Vergangenheit belebte, wieder in den friedlichen, warmen Lampenschein des Speisesaales zurück.

Sie nahm von neuem auf ihrem Arbeitssessel Platz und lauschte in die lasterde Stille der Nacht hinaus.

Noch immer kam der Gatte nicht heim.

Um acht Uhr hatte sie den Boten ausgeschickt; die Entfernung bis Maukenmen betrug ungefähr zwei Stunden; wenn der Graf sofort aufgebrochen war, so mußte er jeden Moment eintreffen.

Ruth legte ihre Uhr auf den Tisch und beobachtete gespannt das langsame, kaum merkliche Vorrücken des winzigen Minutenzeigers. — — —

Da knirschten plötzlich hastige Schritte auf den Sandsteinfliesen der Terrasse.

Die Gräfin fuhr auf, ihr Atem stockte, ein Blutwelle schoß ihr fieberh in die Schläfen.

Im Rahmen der Tür stand hoch aufgerichtet die Gestalt des Sohnes.

Ein Blick in sein verzerrtes Gesicht sagte ihr alles — daß er alles wußte, daß jetzt die Stunde gekommen war, vor der sie schon seit fünfundzwanzig Jahren zitterte.

Einen Moment lang sahen sich beide wie verstört, wie voreinander erschreckend, starr in die Augen.

Dann brach Georg, wie von einem Schlage gefällt, vor ihr in die Knie und bettete den Kopf mit einem klagenden Laut in ihren Schoß.

„Mutter, das hast du gekonnt!" — — —

Die Tränen erstickten ihm die Stimme, er mußte sich an den Knauf der Armlehne ihres Sitzes anklammern, um nicht umzusinken; nach langem Ringen erst quollen die Worte wieder in schweren Stößen aus seiner Brust.

„Mutter — ehe ich dir wieder ins Gesicht blicken kann, mußt du mir eine Frage beantworten. — Eben habe ich den Baron Sinderode gesprochen — Mutter, noch fasse ich es nicht, was er mir gesagt hat. — Ich kann es nicht wiederholen, ich bringe es nicht über die Lippen. — Ich schäme mich so, Mutter, ich schäme mich für dich und mich. — Es kann nicht wahr sein, Mutter — sage mir doch nur ein einziges Wort, daß es nicht wahr ist!" — —

Er hatte sich hastig in die Höhe gerichtet und preßte ihre schmale, eiskalte Hand an seine glühende Stirn; das Herz klopfte ihm zum Zerspringen voll Erwartung und Angst, daß das Entsetzliche, Ungeheure sich doch bestätigen, daß der finstere Mann in Sinderode seine Anklage gegen die Frau, die jetzt wie zusammengebrochen mit bebenden Gliedern vor ihm saß, doch zu Recht erheben könne.

Ein heftiger Windstoß fegte plötzlich durch die weitoffene Balkontür säh herein, und ein leiser Donner grollte durch die unheimliche Stille der lähmenden Gewitterschwüle wie das verhaltene Aechzen eines gefangenen Tieres.

Nach langen, unendlich langen Sekunden peinte die Mutter zaghaft den Mund dicht zum Ohre des Sohnes hinab, und als ob sie selbst den lauten Klang ihrer Stimme fürchtete, flüsterte sie kaum vernehmbar mit zuckenden Lippen:

„Es ist so, wie du sagst, Georg!"

Mit einem Ruck fuhr er in die Höhe; sein Gesicht war aschfahl.

„Es ist so?" wiederholte er wie geistesabwesend. „Hast du das wirklich gesagt, Mutter? Ich kann es nicht glauben, Mutter! Nicht wahr, ich habe mich nur verhört?"

Wie ein Träumender stand er vor ihr, indes sie angstvoll seine Rechte umfaßte, wie zerschmettert von der Wucht dessen, was ihre Worte für ihn bedeuteten.

„Mutter, das hast du gekonnt!" —

Und dann auf einmal übermannte ihn die ganze Verzweiflung der vernichtenden Erkenntnis.

„Laß mich, Mutter!" brach er aus, ihre Hand abschüttelnd. „Du bist ja meine Mutter nicht mehr. Du gehörst ja jenem, der mich um alles gebracht hat."

Ein würgendes Schluchzen erschütterte seinen ganzen Körper.

Noch wollte er nicht an das letzte glauben, das ihn den ganzen Weltenlauf umzukehren schien; noch wehrte sich alles, was gut in ihm war, was er an Liebe in sich barg, gegen die beschimpfende Entehrung der Frau, die ihn einst unter dem Herzen getragen, die jetzt von ihrem Stuhle glitt und seine Knie umklammerte, eine Bittende, ein müdes, gebrochenes Geschöpf. — —

Eine Woge von Weichheit kam wieder in ihm empor.

Er hob die Weinende auf und bat noch einmal wie ein Kind mit schmeichelnden, flehenden Worten, daß sie die furchtbare Wahrheit nicht Wahrheit sein lassen möge.

„Höre mich, Mutter! Es kann doch nicht alles Lug und Trug gewesen sein, du Mutter, Väter, mein ganzes Leben! Sieh mich an, Mutter, sag mir doch bloß, daß alles, was ich denke und spreche, nur ein wüster, entsetzlicher Traum ist."

Die hemmungslose Kraft seines Herzens rührte an ihrer Seele mit erschütternder Gewalt.

Und als ob sie gleichsam all ihre Schuld in einem Meer von Liebe ertränken könne, in dem Meere ihrer unerschöpflichen, unergründlichen Mutterliebe, die sie noch stärker leiden sah als ihn selbst im Anblick seines Leidens, riß sie ihn wild an sich und preßte ihn, als ob sie ihn erdrücken wolle, an ihre wogende Brust.

Einen Augenblick lang sah er sich ganz diesem elementaren Ausbruch ihrer Zärtlichkeit gefangen, war er wieder ganz das Kind von einst, das sich in den Nöten seines kleinen Herzens in die Obhut der Mutter, des natürlichsten, sichersten Schutzes auf dieser Erde, flüchtet.

Dann aber erwachten die Stimmungen der dunklen Nachgeister von neuem aus der künstlichen Betäubung seines gemarterten Herzens.

Die Frau, die er jetzt in seinen Armen hielt, sie hatte einst seinem Vater die Treue gebrochen, sie hatte sich über seiner Leiche ein neues Hochzeitbett errichtet mit dem anderen, dessen Kugel den Weg zur Brust ihres ersten Gatten genommen.

Wie ein blutiger Vorhang wallte es auf einmal vor seinen Augen; er fühlte, wie ihm langsam die Herrschaft über sein Selbst entglitt, wie ein fremdes, wildes, grausames Verlangen von seinem ganzen Inneren Besitz ergriff, wie ein übermenschlicher Hohn, ein glühender Rachedurst in ihm aufschwoll, sein ganzes Wesen gleichsam in das eines Raubtieres wandelnd, das an seinem Kerkergitter rüttelt, das es im nächsten Augenblick gesprengt haben wird.

Ein düsterroter Blitz lohte in diesem Moment in den Fenstern auf.

Ein unbeschreiblicher Laut ging durch die Luft, dann schmetterte ein Donnerschlag hinterdrein, daß der ganze mächtige Bau des Schlosses in seinen Grundfesten erbebte.

Zugleich erhob sich, als habe er nur auf dieses Signal gewartet, die Wut des Sturmes; mit heiserem Gebrüll brandete er gegen das Haus, wühlte er in den Bäumen des Parkes sein brausendes Zerstörungswerk und warf prasselnde Wasserströme gegen die klirrenden Scheiben.

Wie berauscht horchte Georg in den wilden Tanz der Elemente hinaus, der ihm durch den wahnsinnigen Taumel der Vernichtung, durch die wilden, heulenden Sturmesstimmen nur immer wieder das eine Grundmotiv entgegenzutragen schien: „Rache!"

Der Aufruhr der Natur setzte auf einmal auch den letzten Halt seines Innern zu Boden.

„Mutter!" schrie er auf, in seine Brusttasche greifend. „Mit diesem Revolver schieße ich Vater, wenn ich ihn treffe, nieder wie einen Hund!" — — —

„Georg!" —

„Matt, kraftlos kam sein Name aus dem Munde der Mutter. Sie wollte sich aufrichten, ihn in den Arm fallen, doch die Glieder versagten ihr den Dienst.

Wie durch einen Schleier sah sie die Gestalt des Gatten plötzlich in der dunklen Oeffnung der Balkontür erscheinen, noch unbemerkt von dem Sohne, der, der Tür abgewandt, mit keuchender Brust am Tische lehnte.

Im nächsten Moment mußten sich die beiden Männer gegenüberstehen, mußte sich eine Katastrophe vor ihren Augen abspielen, ohne daß sie fähig gewesen wäre, auch nur einen Finger zu rühren.

(Fortsetzung folgt.)

tragen. Man glaubt jedo
tarischen Kreisen, daß e

kenseite (?) drohende Vertrustung der Lebensmittelerzeugung würde allerdings das Zustandekommen des Hilfswerks unmöglich machen.

Die Brotversorgung gesichert.

Stuttgart, 31. Jan. Nach einer Mitteilung des württembergischen Ernährungsministers ist der Bedarf an Brotgetreide von der Reichsregierung bis etwa Ende Juli gedeckt. Der weitere Bedarf bis zur Einbringung der Ernte wird von der Reichsregierung noch beschafft werden.

Der englische Botschafter und die Flucht Dithmars.

Berlin, 31. Jan. Der englische Botschafter hat die Reichsregierung um Auskunft ersucht über die Flucht Dithmars. Die Reichsregierung hat sich an die preußische Regierung gewandt, um die notwendigen Aufschlüsse zu erhalten. Von Dithmar fehlt jede Spur.

(Oberleutnant Dithmar ist am Montag aus der Gefangenenanstalt in Naumburg entflohen. Er war bekanntlich s. Zt. vom Reichsgericht im U-Bootprozeß verurteilt worden.)

Das Urteil im Bestechungsprozeß Oerter.

Braunschweig, 31. Jan. Nach viertägiger Verhandlung ist heute in dem Bestechungsprozeß gegen den früheren Ministerpräsidenten Sepp Oerter und den Krankenheiler Otto Schlesinger, genannt Otto Otto, das Urteil gefällt worden. Nach einer Meldung der „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" lautet das Urteil gegen Oerter auf 4 und gegen Otto Schlesinger auf 2 Monate Gefängnis. Das von Otto Otto an Sepp Oerter gegebene Darlehen von 20 000 Mark wurde als dem Staate verfallen erklärt.

Deutscher Reichstag.

Wünsche der Reichstagsparteien.

Am Dienstag wurde die allgemeine Besprechung des Haushaltsplanes fortgesetzt. Kleine Anfragen gingen voran.

Ministerialrat Dr. Bäumer erklärte, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Berechtigungswesens an den öffentlichen Schulen zur Zeit noch nicht angängig sei und daß in dieser Frage Verhandlungen mit den Ländern schweben.

Besondere Marken anläßlich der Leipziger Messe, wie sie auch für die Gewerbeschau in München vorgesehen sind, wollte die Postverwaltung nicht zugestehen.

Beschwerden über Ausschreitungen der fremden Besatzungstruppen im Westen Deutschlands wurden als berechtigt anerkannt. Zugleich mußte festgestellt werden, daß die Schuldigen noch nicht zur Verantwortung gezogen sind.

Zum Haushaltsplan sprach als erster Redner des dritten Tages der frühere badische Minister Dietrich, der unseren Verwaltungsapparat als viel zu groß bezeichnete und der Beamtenschaft einen anderen neuen Geist wünschte. Er wies darauf hin, daß durch bürokratische Handhabung unsere Verwaltungsorganisation außerordentlich schwer arbeite. Er schilderte den Leidensweg eines Fasses Methyl-Alkohol, das vom November 1919 bis 31. März 1921 von einer Behörde zur anderen geschickt wurde. Infolge dieser vielen Schwierigkeiten verlor es 60 Kilo an Gewicht und langte erst nach einem abenteuerlichen Dasein an seinem Bestimmungsorte an. Der Redner forderte die Beseitigung des Reichsschatzministeriums, das überflüssig sei. Er stellte fest, daß hier noch ein Heizer geführt wird, obwohl keine Heizanlage mehr vorhanden ist und daß ein Direktor immer noch Gehalt erhält, der im Jahre 1921 wegen Bestechung bestraft worden ist. Der Redner warnte die Beamten vor Streik und ermahnte sie, ihre Pflicht dem Staate gegenüber zu tun.

Der Zentrumsabgeordnete Erfing forderte Sparsamkeit in weitestem Maße. Auch er riet den Beamten dringend ab, sich zum Streik verleiten zu lassen.

Der unabhängige Sozialdemokrat Henke tischte in breiter Ausführung allerlei Beschwerden auf, mit denen er beweisen wollte, daß den Arbeitern am schlechtesten mitgespielt wird.

Der bayerische Volksparteiler Emminger erklärte die Aeußerungen Scheidemanns für unrichtig, daß eine neue Gefahr aus Bayern drohe. Er verlangte von der Regierung, daß sie endlich einmal hart bleiben müsse im Eisenbahnerstreik.

Zusammenfassend verteidigte Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Tätigkeit seiner Verwaltung. Er lehnte den Vorwurf ab, als ob bei der Umbildung von Kriegsgesellschaften sich eine große Korruption breit gemacht habe.

Zum Schluß versuchte der Kommunist Köhnen, die Regierung zu einer Erklärung über den Eisenbahnerstreik zu zwingen. Er fand damit aber bei der Mehrheit des Hauses keine Gegenliebe. Am Mittwoch geht die Aussprache weiter.

Aus dem Auslande.

Die englische Hochfinanz über die deutschen Reparationen.

Amsterdam, 31. Jan. In der Sitzung von Barclays Bank Lim in London gab der Präsident des Instituts Mr Goodenough einen Ueberblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage. Mr. Goodenough, der als einer der führenden Finanzleute Großbritanniens gilt, wies zuerst darauf hin, daß London auf Grund seiner geänderten Geldpolitik seine Bedeutung als finanzieller Mittelpunkt wiedererlangt habe und daß die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bedeutend gesünder geworden seien als vor Jahresfrist. Unter diesen Umständen sei es wünschenswert, daß die City zu ihrem alten Prinzip der ausländischen Kreditgewährung zurückkehre. In diesem Zusammenhang erklärte Mr. Goodenough hinsichtlich der deutschen Reparationszahlungen, daß das Problem nicht nur in der Fähigkeit Deutschlands bestehe, die Zahlungen zu leisten, sondern auch in der Fähigkeit der übrigen Welt, die deutschen Reparationen zu absorbieren. Nach seiner Ueberzeugung müßten die deutschen Zahlungen auf eine längere Periode verteilt werden, wenn man verhindern wolle, daß die Welt wirtschaftlich und finanziell in Unordnung gerate.

Verschiebung der Konferenz von Genua.

Paris, 31. Jan. Wie Havas mitteilt, macht sich in Kreisen der alliierten Diplomaten von Tag zu Tag immer mehr der Gedanke geltend, daß der Zusammentritt der Konferenz von Genua um etwas verschoben werden sollte. Auch die britische Regierung zieht ohne Bedenken eine Verschiebung in Betracht, damit sich die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz erhöhen.

London, 31. Jan. Die „Times" wendet sich in einem Leitartikel gegen die geplante Wirtschaftskonferenz von Genua und schreibt: Bei dem kritischen Abseitsstehen der Vereinigten Staaten und der bereitwilligen Zustimmung Frankreichs würde es überraschend sein, wenn die Konferenz die Hoffnung, die die Veranstalter darauf setzen, erfüllen würde. Was könne in den zwei Wochen, die die Konferenz dauern solle, anderes erreicht werden, als daß alle bitteren Streitfragen Europas an die Oberfläche gebracht werden. Die größte Bereitwilligkeit werde seitens Deutschlands und Sowjetrußlands an den Tag gelegt. Sowohl Wirth, als auch Tschitscherin überschütteten Lloyd George mit Lobreden wegen seiner führenden Rolle, die er bei der Forderung der Konferenz von Genua gespielt habe. In einer solchen Bereitwilligkeit liege eine Warnung.

Verschiebung der Pariser Ministerzusammenkunft.

Paris, 31. Jan. Zu der gestern abend unvermutet bekanntgegebenen Vertagung der Zusammenkunft der drei Außenminister schreibt Pertinax im „Echo de Paris", der Zwischenfall sei vielleicht durch den Artikel des „Daily Telegraph" verursacht worden. Das Londoner Blatt habe darauf hingewiesen, man könne nicht mit einer pünktlichen Zusammenkunft rechnen, da zuerst noch zwei Punkte zu klären seien. Zunächst müsse das Londoner Auswärtige Amt über die Mitteilungen, die den Türken in den letzten Tagen der Regierung Briand gemacht worden seien, Klarheit haben. Diese Mitteilungen haben sich auf das Bestehen einer englischen Denkschrift über Abänderung des Vertrages von Sevres bezogen. Ferner habe das neue französische Ministerium sofort nach Uebernahme der Geschäfte der Angoraregierung Versicherungen über die guten Absichten Frankreichs gegeben. Dieser Schritt sei geeignet, Frankreich in seiner Würde als Schiedsrichter herabzusetzen. Bisher habe man von französischer Seite diese beiden Vorwürfe immer abgeleugnet. Pertinax meint weiter, Poincare sei in der Lage mit besonderem Nachdruck den französischen Standpunkt in der Angorafrage zu vertreten, da er sowohl als Senator, wie als Ministerpräsident die Verhandlungen zwischen Frankreich und der Angoraregierung scharf kritisiert habe. Der „Petit Parisien" glaubt mitteilen zu können, daß die Konferenz der drei Außenminister nunmehr am 9. Februar erfolgen wird. Da das englische Kabinett am 7. Februar eröffnet wird, habe man aus Höflichkeit gegen Lord Curzon die Zusammenkunft um zwei Tage verschoben.

Der amerikanische Senat über die alliierten Schulden.

Washington, 31. Jan. Im Senat wurde die Frage der alliierten Schulden an Amerika besprochen. Senator Borah erklärte, in den Vereinigten Staaten und im Auslande seien mächtige finanzielle Einflüsse am Werk, deren Ziel es sei, daß die alliierten Nationen die an Amerika geschuldeten 11 Milliarden Dollar niemals zurückzahlen sollen. Borah sagte, wenn man der Kommission für die alliierten Schulden an Amerika die Vollmacht gebe, das Datum für die Zinsenzahlungen zu verlängern, so würde die Folge sein, daß während den nächsten 5 oder 6 Jahre keine Zinsen eingehen würden. Das würde auf neue Darlehen an die Schuldnernationen hinauslaufen auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers. Denn die Folge dieses Zustandes würde eine Erhöhung der amerikanischen Steuern sein.

Vor der Kraftprobe der Eisenbahner.

Schärfste Abwehr.

Berlin, 31. Jan. Wie das „Tagebl." hört, hat das Verkehrsministerium die Präsidenten der Eisenbahndirektionen angewiesen, im Falle des Streiks sich in keine Verhandlungen mit den Streikenden einzulassen und keine Einmischung von Streikenden in den Betrieben zu dulden. Im übrigen ist den Präsidenten freie Hand gelassen und ihnen nahegelegt worden, alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes selbständig zu treffen. In Berlin sind verschärfte Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um im Falle des Ausbruchs des Streiks in der heutigen Nacht keinerlei Störungen eintreten zu lassen. Zum Schutze der Arbeitswilligen und der Bahnanlagen sind einige Hundertschaften Schutzpolizei bereitgestellt. Auch die Technische Nothilfe ist in Bereitschaft und steht im ganzen Reiche mit den Eisenbahndirektionen in Verbindung.

Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat heute vormittag eine vorbereitende Besprechung abgehalten, doch sind bis zur Stunde noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden. Die entscheidende Sitzung wird erst im Laufe des Nachmittags stattfinden und sich voraussichtlich bis spät abends hinziehen.

Wie das „Tagebl." hört, sind Vertreter verschiedener Beamtengruppen, die nichts von dem Streik wissen wollen, erneut mit dem 23er Ausschuß des Reichstages in Verbindung getreten, um noch in letzter Stunde alles zu versuchen, eine Basis der Einigung zu finden. Es soll versucht werden, einen Schiedsspruch herbeizuführen, der für beide Teile verbindlich sein soll. Zwischen der Regierung und dem Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft haben bisher noch keinerlei Verhandlungen stattgefunden.

Berlin, 31. Jan. Um für den Streikfall den Güter-, Lebensmittel- und einen Teil des Personenverkehrs möglichst im vollen Umfang aufrecht zu erhalten, sind Anordnungen getroffen für die Einstellung höherer und in gehobener Stellung befindlicher Beamten als Zug- und Lokomotiv-Führer. Die Eisenbahndirektionspräsidenten werden keinerlei Einmischung durch Streikende in den Betrieb dulden. Den Beamten der Eisenbahn werden Wirtschaftsbeihilfen gewährt. Die Verteilung der Beihilfen soll nach den Dezemberforderungen geschehen. Diese Forderungen vom Dezember bleiben für alle weiteren Verhandlungen in Kraft.

Ein Notstreikgesetz?

Berlin, 31. Jan. Wie verlautet, ist gestern in Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Führern der Parteien erwogen worden, ob nicht durch Reichsgesetz, das innerhalb 24 Stunden angenommen werden müßte, ein ausdrückliches Verbot des Beamtenstreiks ausgesprochen werden soll.

Der Reichstagshauptausschuß zum Eisenbahnerstreik.

Berlin, 31. Jan. Im Hauptausschuß des Reichstages machte bezüglich der Eisenbahnerbewegung

Ministerialdirektor v. Schlieben

vom Reichsfinanzministerium folgende Ausführungen über die Vorgeschichte der Ausstandsbewegung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner vom August 1920 an: Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hat am 26. Januar dem Reichstag, dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsminister der Finanzen eine Entschließung vorgelegt, in der sie von den Spitzenverbänden zurückgezogenen Forderungen vom 3. Dezember und die von den Verbänden fallen gelassene Forderung der automatischen Anpassung der Gehälter und Löhne erneut erhoben, eine bindende Erklärung über die Annahme oder Ablehnung dieser Forderungen binnen fünf Tagen verlangt und für den Fall der Ablehnung die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels in Aussicht stellt. Bei den gestrigen Besprechungen mit den verschiedenen Vertretern der Länder wurde die Frage erörtert, ob für die Beamten an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Wirtschaftsbeihilfen gewährt werden könnten. Die Mehrzahl der erschienenen Vertreter äußerte Bedenken gegen eine solche dem Beamtenbesoldungsrecht an sich fremde Regelung — Bedenken, welche im Reichsfinanzministerium in nicht geringem Maße bestanden hatten. Die Mehrzahl der Ländervertreter konnte sich aber der Notwendigkeit nicht verschließen, eine der Gewährung von Teuerungszuschüssen an die Arbeiter entsprechende, aber den Besonderheiten des Beamtenverhältnisses angepaßte Maßnahme zu treffen. Da der im Vorjahre gewählte Weg, die prozentualen Teuerungszuschläge nach Ortsklassen zu staffeln, angesichts der ablehnenden Haltung der Parteien des Reichstages und der Regierungen der Länder nicht als gangbar erscheint, wird der Reichsminister der Finanzen der Reichsregierung eine Gesetzesvorlage unterbreiten, durch die der Minister der Finanzen ermächtigt werden soll, im Einvernehmen mit dem Reichsrat an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Wirtschaftsbeihilfen einerseits in Anpassung an die den Reichsarbeitern zu gewährenden Ueberteuerungszuschüsse, andererseits in Anpassung an die Besonderheiten des Beamtenverhältnisses zubewilligen. Eine Erklärung über die technischen Einzelheiten der zu treffenden Regelung kann heute noch nicht abgegeben werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.)

warnte die Regierung vor allzu scharfem Vorgehen gegen die Beamtenschaft.

Abg. Müller (Soz.)

weist darauf hin, daß vor Ablauf des Ultimatums der Reichsgewerkschaft diese von langer Hand Vorbereitungen für den Streik getroffen habe. Millionen von Flugschriften seien schon lange vorher gedruckt worden, um sie im geeigneten Augenblick unter die irregeleitete Beamtenschaft zu verteilen. Die Notlage der Beamten verkennen meine Freunde nicht. 50 bis 60 Milliarden Beamtenbesoldungserhöhungen, wie sie das Ultimatum in seiner Auswirkung verlangt, könne keine Partei verantworten. Denken Sie an die gestrige Rede des Finanzministers und daran, daß sie Genua vorbereitet. Wenn die Beamten im Gehalte den Angestellten und Arbeitern der Privatindustrie gleichgestellt werden sollen, so führt diese Steigerung dazu, daß die Beamtenprivilegien nicht mehr aufrecht erhalten werden können.

Vizekanzler Bauer

betont die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung der Ultimatums der Reichsgewerkschaft. In den Aeußerungen, die von Seiten des Reichsfinanzministers und der Reichsregierung zu der Eisenbahnerbewegung veröffentlicht worden sind, sei eine provokatorische Wendung vermieden worden. Selbstverständlich habe eine energische Erklärung gerade zum Besten der Beamtenschaft folgen müssen, damit die Mehrzahl der Beamten weiß, daß sie von der Streikleitung ins Unglück geführt werde. Jeder vernünftige und sich seiner Verantwortung voll bewußte Arbeitervertreter muß sich gegen ein solches Attentat auf das Volkswohl wenden und gegen eine solche verantwortungslose Taktik die lediglich zum Nachteil und zum bodenlosen Unglück der Beamten ausschlagen kann und die infolgedessen auch die Gesamtheit des deutschen werktätigen Volkes schädigt. Aus diesem Grunde muß die Reichsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln den ihr aufgezwungenen Kampf ausfechten.

Abg. Delius (Dem.)

führt aus, es sei höchst bedauerlich, wenn in diesem kritischen Augenblick der Streik der Eisenbahnbeamten proklamiert werden. Die Leute besäßen kein Verantwortungsgefühl. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Regierung schwere Fehler in ihrer Politik gemacht hat. Die Autorität sei nicht immer gewahrt worden. Den vernünftigen Führern habe man nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt und damit den Radikalismus, wenn auch unbewußt, gefördert. Die ganze Besoldungsfrage sei systemlos. Die letzte Regelung habe Erbitterung erregen müssen. Die unteren und mittleren Beamten seien bei der Festsetzung des Grundgehaltes zu schlecht weggekommen. Das Einkommensteuergesetz habe aufreizend gewirkt. Die Forderung von 50 bis 60 Milliarden könne nicht erfüllt werden, aber Entgegenkommen wäre angebracht gewesen. Der jetzige Streik sei ein Verbrechen und die Regierung müsse fest bleiben. Aber nach beendeter Gefahr wolle man ernstlich an die Regelung des Grundgehaltes gehen. Die unteren und mittleren Beamten müssen in erster Linie berücksichtigt werden. Gingen die Beamten in den Streik, so müßten sie auch die Folgen tragen.

Abg. Dr. Quaatz (D. V. P.)

sprach die Erwartung aus, daß die Regierung dem Streikversuch der Eisenbahner mit äußerster Energie begegne. Die soziale Lage der Beamtenschaft sei traurig. Die Gehälter ständen, wie aus dem Zahlenmaterial des Reichsfinanzministeriums hervorgehe, in einem scharfen Gegegensatz zu den Löhnen, welche den Reichsarbeitern gezahlt würden. Bessere Verhältnisse ließen sich nur erreichen, wenn man dem ständigen Ringen der Deutschen Volkspartei gefolgt sei, die Zahl der Beamtenschaft zu verringern und zu bezahlen nach dem Grundsatz: Hohe Leistungen, hohe Löhne.

Die Abg. Schulz (Deutschnat.) und von Guerard (Zentr.)

stellen fest, daß sie einhellig und einmütig hinter der Reichsregierung ständen. Es würde von ihnen grundsätzlich das Streikrecht der Beamtenschaft verneint.

Hierauf wandte sich die Debatte wieder der Etatsberatung zu. Beim Etat des Reichspräsidenten erwiderte auf eine Anfrage Ministerialdirektor Meißner, daß die Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte noch nicht abgeschlossen sei. Er stellte eine Statistik über das Ergebnis der bisherigen Prüfungen in Aussicht. Nach kurzer Aussprache wurde alsdann der Haushalt des Reichsministers, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei bewilligt.

Im Hauptquartier am 9. November 1918.

Berlin, 28. Jan. Generalmajor (damaliger Oberst) Hehe führt in der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu den vor kurzem in der „N. Z." erschienen Auslassungen folgendes aus:

Ich habe am 9. November 1918 auf Befehl die „Befragung der Frontoffiziere" vorgenommen. Ich trage also sowohl der alten Armee als auch dem Kaiser gegenüber die alleinige Verantwortung über das aus dieser Befragung gezogene Ergebnis. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg wird als bei der Verhandlung anwesend und selbst vortragend dargestellt. In Wirklichkeit hat der Generalfeldmarschall nur einen Teil der damals noch nicht vollzählig versammelten Herren flüchtig begrüßen können, weil er, durch den Saal gehend, sich auf dem Wege zum Vortrag beim Kaiser befand. Ueber mein Verhalten am 9. November 1918 in Spa habe ich 1919 den Spruch eines freiwilligen Ehrengerichts erbeten. Der Spruch ist nach eingehender monatelanger Prüfung am 3. Mai 1920 unter dem Vorsitz des Generaloberst v. Böhn gefällt worden. Ich halte es daher nicht für angebracht und zurzeit auch nicht im Interesse der Sache liegend, über die Hergänge am 9. November 1918 in eine längere Zeitungspolemik einzutreten, so sehr ich auch die Berechtigung meiner Kameraden der alten Armee, die Sachlage gründlichst aufklären zu lassen, anerkenne. Ich beschränke mich daher heute auf folgende Feststellungen: 1. Am 7. November 1918 wurden von jeder der zehn nördlichen Armeen fünf ältere Offiziere nach Spa berufen. Am 9. November 1918, vormittags, waren 39 Herren zur Stelle die übrigen kamen erst nachmittags. 2. Zweck der Befragung war die Feststellung, ob die Truppe gegen die Heimat, in der sich der Aufruhr mehr und mehr ausbreitete, Verwendung finden könne. Es kam für die Oberste Heeresleitung nicht darauf an, einen Kriegsrat zu halten mit dem Ergebnis eines Entschlusses unter Beteiligung der anwesenden Truppenoffiziere, sondern nur darauf, sich pflichtmäßig vor einer Entschlußfassung ein Urteil über den Zustand der Truppe zu bilden. Die Abdankung des Kaisers stand nicht zur Beurteilung. Hierüber hatte ich weder einen Auftrag noch habe ich innerlich unausgesprochen meiner Befragung eine solche Deutung gegeben. Ich wußte gar nicht, daß, während ich die Frontoffiziere befragte, gleichzeitig in der Villa des Kaisers die Forderung der Berliner Regierung, der Kaiser solle abdanken, besprochen wurde. 3. Es stand den befragten Herren frei, sich kurz oder weitgehend zu äußern oder auch eine Stellungnahme abzulehnen. Ich habe auch den Eindruck gewonnen, daß damals jeder Herr sich mir gegenüber, der ich jünger war als die meisten der Herren, rückhaltlos aussprach. 4. Um 1 Uhr mittags meldete ich dem Kaiser kurz zusammengefaßt das Ergebnis, ohne Einzelheiten anzuführen, in folgenden Worten:

„Die Armee ist Eurer Majestät noch treu ergeben, aber sie ist müde und gleichgültig, will nur Ruhe und Frieden in der Heimat haben. Gegen die Heimat und gegen den Bolschewismus marschiert sie jetzt nicht, auch mit Eurer Majestät an der Spitze nicht. Sie will einzig und allein bald Waffenruhe haben. Jede Stunde früher ist daher wichtig!"

Auf die Frage des Kaisers, ob die Armee ohne ihn, nur unter Führung der Generale, geordnet nach Hause marschiere, antwortete ich:

„Die Armee marschiert auch unter den Generalen allein geordnet nach Hause; sie ist noch fest in der Hand der Führer. Aber wenn Euer Majestät mit ihr marschieren, so ist ihr das recht und eine Freude. Nur kämpfen will die Armee jetzt nicht mehr, weder nach außen noch nach innen."

Nicht mehr und nicht weniger habe ich dem Kaiser gesagt. Für die Richtigkeit dieser meiner Worte stehe ich auch heute noch ein. Der Kaiser entschloß sich ja auch, bei seinen Truppen zu bleiben. Erst die später eintreffende Nachricht, daß in Berlin die deutsche Republik ausgerufen sei, änderte die Lage.

Soziales.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Es ist nicht zu leugnen, daß in vielen Familien die Not groß ist, wenn das Kind zur Welt kommt. Daß durch solche Not Gesundheit und Leben von Mutter und Kind gefährdet sind, ist eine bedauerliche Sache. Diese Not zu mildern ist Zweck des Gesetzes betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, das am 6. August 1921 in Kraft trat und durch eine Novelle vom 1. Januar 1922 eine Verbesserung erfahren hat. Durch dieses Gesetz ist der Kreis der Wöchnerinnen, die auf Fürsorge Anspruch haben, ziemlich weit gezogen. Die Unterstützung erfolgt in dreifacher Form.

1. Wochenhilfe.

Diese wird gewährt für weibliche Personen, die selbst Mitglied einer Kasse sind, wenn sie einer solchen bei ihrer Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch als Mitglied angehörten.

Solchen Wöchnerinnen werden seitens der Krankenkasse gewährt:

1. ärztliche Behandlung, falls solche vor oder bei der Entbindung notwendig wird,
2. ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 Mark,
3. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4,50 Mk. täglich für die Dauer von 10 Wochen, wovon am Tage der Entbindung das Wochengeld für die ersten vier Wochen fällig ist,
4. ein Stillgeld, so lange sie ihre Neugeborenen stillen, in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 4,50 Mark täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Die Krankenkassen können die Dauer des Wochengeldebezuges bis auf 13 Wochen und des Stillgeldes bis auf 26 Wochen erweitern. Ferner können die Krankenkassen das Wochengeld höher als das Krankengeld bis zur Höchstgrenze von ¾ des Grundlohnes bemessen. An Stelle des einmaligen Beitrages von 100 Mark können die Kassen freie Behandlung durch Hebamme und Arzt gewähren.

2. Familienbeihilfe.

Wochenhilfe erhalten auch die Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter von Versicherten, wenn denselben die unter 1. bezeichnete Wochenhilfe nicht zusteht, sofern sie mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben und wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inlande haben. Voraussetzung ist, daß der Versicherte zur Zeit der Niederkunft eines der genannten Familienmitglieder mindestens vorher sechs Monate hindurch bei einer oder mehreren Kassen ohne Unterbrechung versichert war. Die Leistungen sind dieselben wie bei der Wochenhilfe jedoch mit der Einschränkung, daß das Wochengeld 3 Mark, anstatt 4,50 Mark beträgt.

Die Kasse kann den Betrag des Wochengeldes wie des Stillgeldes bis zum halben Betrag des Krankengeldes erhöhen.

3. Wochenfürsorge.

Wochenfürsorge wird jeder minderbemittelten Deutschen zuteil, die weder Anspruch auf Wochenhilfe noch auf Familienhilfe hat. Als minderbemittelt gilt eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen, oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 15 000 Mark nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 500 Mark.

Die Leistungen werden in derselben Höhe gewährt, wie bei der Familienbeihilfe. Die Kosten der Wochenfürsorge trägt das Reich. Die Zahlung erfolgt durch die zuständige Krankenkasse, der die Beträge vom Reich ersetzt werden.

Der Antrag auf Wochenhilfe und Familienhilfe ist bei der Krankenkasse, auf Wochenfürsorge beim Versicherungsamt zu stellen.

Das Gesetz bedeutet zweifellos eine wesentliche Belastung des Reiches und besonders auch der Krankenkassen. Es ist aber aus der Zeit der Not heraus geboren und wird hoffentlich eine gute Wirkung für Mutter und Kind, und damit für Deutschlands Zukunft ausüben.

Aus Stadt und Land.

Die erste Stadtverordnetensitzung dieses Jahres findet am Samstag den 4. Februar in dem Sitzungssaale in der Höheren Mädchenschule statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Neuwahl des Stadtverordnetenvorstandes und die Amtseinführung zweier neueintretender Stadtverordneter.

△ **Kind überfahren.** Von der Dortmunder Straßenbahn wurde gestern nachmittag auf der Oberen Dortmunderstraße der acht Jahre alte Knabe Ferdinand Middecke, Frohlinderstraße 78 wohnhaft, überfahren. Das Kind geriet so unglücklich unter den Wagen, daß ihm der linke Unterschenkel abgefahren wurde. Es wurde dem kath. Krankenhause zugeführt.

△ **Aufgeklärte Raubüberfälle.** Erfreulicherweise ist es der Kriminalpolizei in Castrop gelungen, eine ganze Reihe von Raubüberfällen aufzuklären, die in der letzten Zeit sich in unserer Gegend ereigneten. Zunächst konnte sie in den Personen zweier Arbeitslosen aus Habinghorst die Täter ermitteln, die in der Nacht vom 25. zum 26. Januar im Castroper Holz einen hiesigen Bürger überfielen und seiner Barschaft in Höhe von 400 Mk. und seiner Uhr beraubten. — In der Nacht zum 1. Januar wurden auf der Münsterstraße zwischen Ehlert und den Beamtenhäusern der Bergmann Block und seine Schwester, Kreuzstr. 37 wohnhaft, sowie ein Natanski aus Habinghorst und ein Willy Buttler aus Kirchderne überfallen und beraubt. Auch wurde in der gleichen Nacht ein Clemens Schumacher aus der Adolfstraße bestohlen. Als Täter wurden je drei Mann aus Castrop und Dortmund ermittelt. Letztere waren eigens, „um ein Ding zu drehen", mit dem Spätzuge von Dortmund herübergekommen. Es handelt sich bei ihnen um gewohnheitsmäßige Banditen. Endlich wurde in der Neujahrsnacht in Habinghorst ein Mann überfallen und beraubt. Als Täter wurden je ein Mann aus Castrop und Dortmund ermittelt und festgenommen.

* **Ein sonderbarer Musikfreund** scheint ein Einbrecher zu sein, der in der Nacht zum Dienstag der St. Franziskusschule in Castrop-Schwerin einen unerbetenen Besuch abstattete. Er verschaffte sich Eingang durch ein Oberlichtfenster der Privatwohnung, erbrach dann einen Schrank in der Schulklasse des Lehrers Schneider und entwendete die diesem gehörige wertvolle Geige, mit der er dann durch ein Fenster eines anderen Klassenzimmers verschwand.

⊙ **Festgenommen** wurde von der Landjägerei auf Schwerin eine wegen schweren Diebstahls von der Staatsanwaltschaft Hildesheim steckbrieflich gesuchte Person. Sie wurde dem Amtsgericht in Castrop zugeführt.

Amt Rauxel.

⊙ **Rauxel.** (Beförderung.) Die Landjäger Mews und Kusma, die in Rauxel stationiert sind, wurden zu Oberlandjägern befördert.

♂ **Rauxel.** (Eingebrochen) wurde in der Nacht zum 27. Januar bei dem Eisenwarenhändler Gustav Voß auf der Grimbergstraße 3. Die Täter haben sich dadurch Eingang verschafft, daß sie aus einem zu ebener Erde gelegenen Fenster mit einem Diamanten eine Scheibe herausschnitten. Sie stahlen für 1300 Mk. Waren und aus einer erbrochenen Kommode 1200 Mk. bares Geld. Man ist den Tätern auf der Spur.

⊡ **Merklinde.** (Kupferdrahtdiebe.) In der Nacht von Montag auf Dienstag wurden von Unbekannten an der Frohlinderstraße in der Nähe des Landwirts Misse etwa 120 Meter Kupferdraht aus der Starkstromleitung des Westfälischen Elektrizitätswerkes in Dortmund herausgeschnitten. Vermutlich kommt der Diebstahl auf das Konto der bisher noch nicht ermittelten Diebe, die vor einiger Zeit an der Bahnstrecke Merklinde — Castrop eine ähnliche Länge Leitungsdraht gestohlen haben.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

B. V. 11 I — Sp. u. Sp. Allemania Rauxel 2:1 (0:1)

Gleich nach Anstoß entsteht vor Allemanias Tor ein kleines Gepläukel, das aber wegen des schlammigen Bodens zu keinem Erfolge führt. Bis zur Halbzeit sieht man nun verteiltes Feldspiel. Den immer mehr aufkommenden Allemanen gelingt es auch in der 1. Halbzeit noch das erste Tor zu erzielen. Nach Seitenwechsel hat B. V. 11 die bessere Hälfte, kommt auf und schnürt seinen Gegner teilweise vollständig ein. Doch kann sich der Sturm nicht so entwickeln wie bei den früheren Spielen, sodaß oft der Ausgleich winkt, doch die Gelegenheit nicht ausgenützt wird. Allemania zieht nun die Läufer zurück, um ihr Heiligtum zu hüten, kann aber nicht verhindern, daß B. V. 11's Mittelstürmer unhaltbar einsendet. 1:1. Von beiden Seiten wird nun alles daran gesetzt, den Sieg an ihre Farben zu heften. B. V. 11 kommt vor. Der Mittelstürmer holt 6 Meter vor dem Tor zum Schuß aus und — der Ball geht haarscharf über die Latte. Gleich darauf aber kann derselbe eine schöne Vorlage des Halbrechten zum siegbringenden Tor verwandeln. 2:1 für B. V. 11. Das Spiel ist entschieden. 3 Minuten vor Schluß muß der Unparteiische das Spiel wegen Dunkelheit abbrechen.

B. V. 11 II — Allemania II 4:0 (0:0).

In der ersten Halbzeit verteiltes Spiel. In der 2. Hälfte kommt B. V. 11 II. mehr auf. Ein Elfmeter, der B. V. 11 zugesprochen wird, wird verschenkt. Noch immer 0:0. Kurz darauf kam B. V. 11 in kurzen Abständen 4 Tore erzielen, sodaß das Spiel entschieden ist.

B. V. 11 III — Preußen Wanne III 3:2 (1:0)

Die 3. Mannschaft kehrte wider Erwarten mit einem schönen 3:2 Sieg von Wanne heim.

Jugendspiele.

B. V. 11 I. Jugend — Ickern I. Jugend.

B. V. 11 bekam kampflos die Punkte, da Ickern nicht antrat.

„Sportfreunde Schwerin 1920."

Die Jahresversammlung am 28. 1. 22 war ziemlich vollzählig besucht. Nach dem Geschäftsbericht schritt man zur Vorstandswahl, die folgendes ergab: 1. Vors. Gottlieb Vernau, 2. Vors. Wilhelm Meininghaus sen., 1. Schriftf. Wilhelm Brünger, 2. Schriftf. Georg Grimmert, 1. Kassierer Christian Saure, 2. Kassierer Wilhelm Beckmann, Geschäftsführer Otto Fuhrmann und Max Stasik, Jugendleiter Karl Holtkotte, Wilhelm Ruhm und Albert Sandfuchs, Ball- u. Gerätewart Johann Schwartinski.

Eingesandt.

An dem im Bladenhorster Wald Versumpften

(siehe Castroper Zeitung vom 30. Januar 1922.)

Folgendes Eingesandt bringen wir unseren Lesern zur Kenntnis. Der Einsender hat sich in dieser trüben Zeit einen sonnigen Humor bewahrt, der uns viel Spaß bereitete. Möge er auch unsere Leser in entsprechender Weise erheitern und ebenso den, welchen es angeht.

Ihre an die Redaktion der Castroper Zeitung gerichtete Zuschrift läßt erkennen, daß das Häuflein der Todesmutigen noch nicht ausgestorben. Gott sei Dank. Ihr Erlebnis hat sich selbstverständlich so abgespielt, wie Sie es zu schildern belieben. Gegenteilige Bedenken dürfen schon aus dem Grunde nicht aufkommen, da es ja in der Zeitung schwarz auf weiß steht. Auch den Gedanken, daß Sie mit Ihrer Zuschrift vielleicht schwarze Pläne verfolgen, weise ich entschieden zurück. Auf einer Straße oder einem öffentlichen Wege in Bladenhorst ist Ihnen das Unglück nicht passiert. Denn daß gerade die Bladenhorster Straßen sich in derart grundlosem Zustande befinden, würden Sie nicht einmal einem Habinghorster, geschweige denn einem Bewohner des Ortsteils Bahnhof Rauxel glauben machen. Sie sind also auf Ihrem Spaziergang auf „verbotene Wege" geraten. Ich z. B. würde, um mich zu erholen, nicht derart verschlammte Pfade wandeln. Aber jeder nach seinem Geschmack. — —

Gestatten Sie mir, daß ich auf Ihr Abenteuer selbst etwas näher eingehe. Sie fühlen plötzlich unter Ihren Füßen den Boden schwinden. Zuerst das unbehaglich Gefühl, Sie könnten sich nasse Strümpfe holen. Beim Tiefersinken kommt Ihnen zum Bewußtsein, daß es ums Leben geht. Mit stoischer Ruhe ziehen Sie Ihren Chronometer und zählen die flüchtigen Minuten. Nach 8 Minuten stellen Sie fest, daß nur noch Kopf und linker Arm frei sind, also ¾ von Ihnen abgesackt ist. (Müssen Sie aber einen dicken Kopf haben, wenn Kopf und linker Arm ¼ Ihres Körpers ausmachen!) Sie schreien nicht, es bricht Ihnen nicht der kalte Angstschweiß aus. Sie denken garnicht daran, daß in der nächsten Minute sich der Schlamm über Ihrem Kopfe glätten könnte. Nein, gelassen schauen Sie zur Uhr. Ihr noch freier linker Arm ergreift im letzten Augenblick mit mutiger Entschlossenheit einen Baumstumpf, der seine Wurzeln glücklicherweise nicht in den Schlamm eingegraben hat. 12 Minuten arbeiten Sie nun an Ihrer Befreiung, immer den Blick nach der Uhr gewendet.

Ja, Ihre Kaltblütigkeit, Unerschrockenheit und Ihr Mut fordern uneingeschränkte Bewunderung.

Nur schade, daß Sie Ihren Namen verschweigen.*) Die Bladenhorster Polizei würde Sie sonst gewiß in Zukunft vor solch' unliebsamen Vorkommnissen schützen, und zwar durch Uebermittelung eines Strafmandats wegen Betretens verbotener Wege.

Ein Bladenhorster.

*) **Anmerkung der Schriftleitung.** Der Einsender hat uns natürlich Namen und Wohnung genannt. Zuschriften ohne diese Angaben wandern bekanntlich nicht in die Spalten der Zeitung sondern in den gierigen Rachen des Papierkorbes.

Nachrichten aus Westdeutschland.

* **Dortmund.** (Zuschußwirtschaft.) Die bis zum Ende des laufenden Spieljahres beim hiesigen städtischen Theater voraussichtlich noch notwendigen Mehrausgaben belaufen sich auf 2 497 500 Mk. Durch Erhöhung der Eintrittspreise soll voraussichtlich eine Million eingebracht werden, sodaß über den im Haushaltsplan vorgesehenen Zuschuß hinaus mit einem Fehlbetrag von 1 497 500 Mk. zu rechnen sein wird. Beim städtischen Orchester betragen die voraussichtlichen Mehrausgaben 486 500 Mk. Man hofft, daß bei gleich starkem Besuch der Konzerte wie bisher, diese Mehrausgaben infolge der Erhöhung der Eintrittspreise, und zwar einschließlich des Orchesters, gedeckt werden können. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind beim städtischen Orchester 52 763 Mk. Ueberschreitungen vorgekommen. Trotzdem ist der vorgesehene Zuschuß für das Rechnungsjahr 1920-21 nicht voll aufgebraucht worden; es ist eine Ersparnis von 88 040 Mk. gemacht worden. Die Nachbewilligung soll in der nächsten, am 6. Februar stattfindenden Stadtverordnetensitzung erfolgen. Außerdem steht auf der Tagesordnung: Bewilligung eines Zuschusses zu den Unterhaltungskosten der drei privaten katholischen Lyzeen vom Beginn des Rechnungsjahres 1921 ab, Erhöhung des Staatszuschusses, jedoch höchstens bis zur Hälfte der Gehälter der weltlichen Lehrpersonen, ferner Beteiligung der Stadt Dortmund an der Rhein—Main—Donau-A.-G. mit 300 000 Mk.

* **Datteln.** (Drei Knaben beim Eislaufen ertrunken.) Beim Eislaufen auf dem Kanal ist gegenüber der Zeche „Emscher-Lippe" der 14 Jahre alte Schüler Ernst Schulte ertrunken. Auf gleiche Weise fanden ihren Tod im Kanal bei Holthausen die beiden Brüder, die 13 und 14 Jahre alten Söhne der Familie Schlussener aus Waltrop.

* **Recklinghausen.** (Giftiger Pudding.) In der Gemeinde Lembeck ist die ganze Familie des Gutsbüchsers Gesing nach dem Genuß von Pudding unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Gesing ist bereits gestorben. Seine Frau sowie ein Knecht und eine Magd liegen noch krank darnieder.

* **Hattingen.** (Neuer Amtmann.) Der Leiter des städtischen Krankenhauses in Bielefeld, Wibbelt, ist zum Amtmann des Amtes Hattingen gewählt worden.

* **Wattenscheid.** (Leichenfund.) Der 9½ Jahre alte Schüler Walter Marowski aus Günnigfeld wurde auf dem Wege zwischen Günnigfeld und Möllinghausen tot aufgefunden. Der Kopf zeigt eine starke Verletzung. Wie der Junge zu Tode gekommen ist, muß noch aufgeklärt werden.

* **Gelsenkirchen.** (Erschlagen.) Nach schon lange bestehenden Familienzwistigkeiten gerieten die Bergleute Kedzia und Bode in einen Streit, wobei ersterer von dem Bode mit einem Holzscheit so stark verprügelt wurde, daß K. kurz nach der Einlieferung ins evangelische Krankenhaus gestorben ist.

* **Gelsenkirchen.** (Kreistag und Schnellbahn.) In der Sitzung des Kreistages des Landkreises Gelsenkirchen wurde beschlossen, die auf den Kreis entfallenden 4191 neuen Westfalia-Aktien zu übernehmen. Bezüglich der Meldungen über vertrauliche Mehrforderungen der großen Städte, in der die Linienführung der Schnellbahn festgelegt worden sei, erhob der Kreistag einmütig scharfen Einspruch dagegen, daß derart wichtige, das ganze Industriegebiet interessierende Fragen lediglich von einigen Großstädten, ohne Zuziehung der wichtigen übrigen Teile des Bezirkes, besprochen werden.

* **Gelsenkirchen.** (Eine brennende Straße.) Auf der Michaelenstraße fielen zwei Benzolbehälter von einem Lastauto und ergossen ihren Inhalt über den Fahrdamm. Durch ein mutwilligerweise auf die Straße geworfenes brennendes Streichholz wurde diese auf eine Ausdehnung von 50 Meter in Flammen gesetzt. Der Feuerschlange entquollen dicke schwarze Rauchwolken. Nach etwa einer Stunde war das Feuer ausgebrannt, ohne weiteren Schaden angerichtet zu haben.

* **Sprockhövel.** (Lebensrettung.) Die Schülerin Frieda Hoffmann brach auf dem Lehringhausschen Mühlenteiche durch die Eisdecke und versank in den Fluten. Der Bergmann Hugo Mann sprang dem Kinde entschlossen nach und errettete es vom sicheren Tode.

* **Lansyhe.** (Das Ende der Präparandenanstalt.) Die hiesige Präparandenanstalt, die annähernd ein halbes Jahrhundert bestanden hat und weithin einen hervorragenden Ruf genoß, wird am 1. April eingehen, weil ein Bedürfnis für ihr Weiterbestehen wegen des großen Ueberschusses an Lehrkräften nicht mehr bestehet.

* **Hagen.** („Sie gestatten!") Am Abend des 15. Dezember 1920 kurz vor Geschäftsschluß betrat ein junger Mann in Sportmütze und dunklem Ueberzieher mit hochgeschlagenem Kragen den Laden des Kölner Konsums im Vorort Wehringhausen und kaufte Streichhölzer. Beim Bezahlen an der Kasse zog er einen Revolver, hielt ihn der Kassiererin vor und sagte: „Sie gestatten", worauf er der Kasse die Tageseinnahme mit 1400 Mark entnahm. Als er auf den Angstschrei hin der Geschäftsführer und das Lehrmädchen herbeieilten, bedrohte der Räuber auch sie mit der Waffe und entfernte sich, rückwärts gehend, aus dem Laden. Der Räuber wurde in der Person des 22jährigen Schlossers Wilhelm Finking von hier ermittelt. Das Hagener Schwurgericht verurteilte ihn am Samstag zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Ein Kumpan, der vor dem Laden aufgepaßt haben soll, wurde freigesprochen, weil ihm diese Tätigkeit nicht nachzuweisen war.

* **Hamm.** (Justizreform.) Aus allen Gauen Westfalens waren die Justiz-Obersekretäre am 22. dieses Monats nach Hamm geeilt, um über die Finanzreform zu beraten. Die Bedeutung dieser Tagung wurde betont durch die Tatsache, daß auch Vertreter der benachbarten Oberlandesgerichtsbezirke Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M. und Kassel sowie 2 Mitglieder des Verbandsvorstandes aus Berlin erschienen waren. Der Verbandsvorsitzende konnte die erfreuliche Mitteilung machen, der Vertreter des Justizministers habe als Ergebnis einer kürzlich unternommenen Besichtigungsreise festgestellt, daß die Justiz-Obersekretäre sich den ihnen durch das Gesetz übertragenen richterlichen Arbeiten durchaus gewachsen gezeigt hätten, und daß die Revision irgend welche wesentliche Beanstandungen nicht ergeben hätte. Die Reform, die ja hauptsächlich eine Verbilligung der Rechtspflege erstrebe, habe diesen Zweck teilweise schon heute erreicht, da bei den Amtsgerichten eine nicht unbeträchtliche Zahl von Richterstellen erspart seien, neue Hilfsrichter trotz Geschäftszunahme aber überhaupt nicht erforderlich geworden wären. Nach Vortrag verschiedener bei Durchführung der Justizreform hervorgetretener Hemmungen und Hindernisse nahm die Versammlung einmütig eine Entschließung an, in der die Notwendigkeit eines einträchtigen Zusammenarbeitens aller Beamtengruppen für eine reibungslose Durchführung der Reform als notwendig bezeichnet wurde, und in der die Justiz-Obersekretäre sich ausdrücklich zu solch harmonischem Zusammenarbeiten auch mit den Richtern und Staatsanwälten bereit erklärten.

* **Winterberg.** (Neue Züge nach Winterberg.) Die Eisenbahndirektion Kassel teilt mit, daß zur Förderung des Wintersportverkehrs nach und von Winterberg bis auf weiteres bei günstigem Sportwetter die wegen Kohlenmangels in Fortfall gekommenen Personenzüge 5333 (ab Bestwig 5,48 Uhr nachm.) Sonnabends und Sonntags bis Winterberg und der Personenzug 534 (ab Winterberg 7,25 Uhr) Sonntags bis Bestwig eingelegt werden.

Korsetts

in vielen Ausführungen und Weiten 541

sehr preiswert

Kaufhaus Wehling Herne

Gesprengte Fesseln.

Roman von Hans Schulze.

44 (Unberechtigter Nachdruck verboten.)

In blitzartiger Schnelligkeit jagten sich die Gedanken durch ihr Hirn. Es durfte nicht zum Aeußersten kommen — es mußte eine Rettung, einen Ausgleich geben. — —

Da wandte Georg, von dem Geräusch der Schritte berührt, langsam den Kopf und umfaßte die Erscheinung des Vaters ohne Ueberraschung, ohne Erschrecken mit einem starren, leeren Blicke.

Dann schob er mit plötzlichem Entschlusse den Revolver wieder in den Rock und warf sich mit über dem Gesicht gekreuzten Armen aufschluchzend in einen Stuhl.

Mit angstvoller Spannung folgte die Mutter einer jeden seiner Bewegungen; sie wollte sprechen, doch kein Laut kam über ihre Lippen — sie glich in diesem Augenblick einer Gelähmten, deren Bett in Flammen steht, die sich hilflos dem entsetzlichsten Tode durch die immer näher züngelnde Flackerlohe preisgegeben sieht.

Ein wohltätiger Nebel senkte sich auf einmal über das Bewußtsein der unglücklichen Frau.

Sie fühlte nur noch, wie sie von zwei starken Armen aufgehoben und im anstoßenden Zimmer auf eine Chaiselongue gebettet wurde.

Das liebe, vertraute Gesicht des Barons von Knauff beugte sich zu ihr herab, dann wob auf einmal ein nachtschwarzes Dunkel um sie her; ihr schwanden die Sinne. — — —

„Georg!"

Der Graf war an den Tisch getreten und rührte mit der Hand an die Schulter des Stiefsohnes.

„Ich habe mit dir zu reden!"

„Du verwechselst die Rollen, Vater!" klang es dumpf zurück. „Nicht du hast mit mir, ich habe mit dir zu sprechen, wenn ich mich auch fast am Ende meiner Kräfte fühle. Du mußt mir noch heute Antwort stehen, ich habe es mir zugeschworen, noch ehe diese Nacht zu Ende geht, von dir Rechenschaft zu fordern!"

„Laß nur, Onkel," wehrte er dem Baron von Knauff der begütigend zwischen die beiden Männer treten wollte. „Das muß erst klar werden zwischen uns beiden, da soll sich kein dritter einmischen, auch du nicht! Das geht nur uns beide an! Willst du bleiben, so bleibe als Zeuge dessen, was ich mit diesem Manne abzumachen habe!"

Er hatte sich mit mühsam gewahrter Fassung langsam in die Höhe gerichtet und fuhr mit dem Taschentuch über die glühende Stirn ein Zug düsterer Entschlossenheit erschien auf seinem Gesicht und verlieh ihm einen so fremden, fast wilden Ausdruck, daß die Herren unwillkürlich einen Schritt zurückwichen.

„Du verlangst von mir Rechenschaft, Georg!" nahm der Graf nach langem Zaudern endlich das Wort. „Wie aber soll ich mich verteidigen, da ich das einmal Geschehene doch nicht ungeschehen machen kann! Ich habe den heutigen Abend schon seit vielen Jahren vorausgesehen und oft darüber nachgedacht, was ich dir antworten solle, wenn es einmal zu dieser Auseinandersetzung kommen würde! — Ja, Georg, dein Vater und ich, wir haben uns einst mit den Waffen in der Hand gegenübergestanden! Daß nicht er, sondern ich von dem Duell heil und gesund nach Hause ging, war eine unabänderliche Schicksalsfügung! Ich konnte dem Zweikampf nicht ausweichen, wenn ich nicht mit Schimpf und Schande aus der Armee gejagt werden wollte! Das ist alles, was ich dir zu sagen habe!"

„Und damit hältst du deine ganze Rechtfertigung für beendet?" kam es drohend durch die zusammengebissenen Zähne des Stiefsohnes. „Wie konntest du es danach wagen, dich meiner Mutter zu nähern? Wie willst du dafür einstehen? Damit hast du mich und meine Ehre für immer vernichtet! Wie von einem Verfehmten hat sich das Mädchen, das ich liebte, von mir abgewandt, seit sie weiß, welch ein Makel auf meinem Namen haftet! Das wird mir anhängen, so lange ich lebe! Ueberall, wohin ich komme, wird mir auch die Verleumdung nachgehen, wird man mit Fingern auf mich weisen: „Das ist der Sohn der Ehebrecherin, die den Mörder ihres Mannes geheiratet hat!" —

„Laß mich ausreden," fuhr er wie rasend auf, als der Stiefvater Miene machte, ihn zu unterbrechen. „Nicht um mich allein handelt es sich, auch um meine Mutter! Das Heiligste, was ich besaß, hast du mit in den Schmutz gezogen! Ehrlos und gemein hast du an mir gehandelt als du erbarmungslos über mir hinweggingst und mir nach dem allen auch noch mein Letztes nahmst, meine Mutter! Heute aber bin ich nicht mehr das wehrlose Kind von einst, heute bin ich ein Mann und verlange Genugtuung. Dieselbe Genugtuung, die du damals meinem Vater gegeben, fordere ich auch für mich!"

Ein heißes Weinen brach plötzlich wieder in ihm auf.

„Hättest du mich zu jener Zeit doch auch aus der Welt geschafft und mich nicht fünfundzwanzig Jahre lang betrogen, daß ich das jetzt erfahren muß!"

Ein düsteres Schweigen entstand.

Gesenkten Hauptes lehnte der Graf dem Stiefsohn gegenüber er wagte es unter der Wucht der Anklagen, die ihm dieser entgegenschleuderte, nicht, ihm ins Gesicht zu blicken.

Minutenlang hörte man in dem weiten Raum nichts weiter als den schweren, keuchenden Atem der aufs äußerste erregten Männer.

Endlich richtete sich der Graf, sich gewaltsam einen Impuls gebend, straff in die Höhe.

„Ich nehme deine Forderung an, Georg," sagte er in ernstem, feierlichen Ton, „wiewohl es Wahnsinn ist, was du verlangst! Vater und Sohn! Denn du bist doch auch mein Sohn durch die jahrzehntelange Sorge und Liebe, mit der ich dich gehütet und geleitet habe!"

Sein ruhiger Blick tauchte tief in die flackernden Augen des jungen Mannes.

Etwas von dem Respekt der Kinderjahre kam in Georgs Seele empor, doch schon im nächsten Moment schüttelte er diese Regung der Zaghaftigkeit, die ihm gleichsam eine Versündigung dünkte an dem vorgesetzten Nachemerke, in einem neuen Anfall atemberaubender Wut von sich ab.

„Ich will dein Sohn nicht sein" schrie er wie sinnlos auf. Jedes freundliche Wort, jede gute Tat, die du an mir getan hast, sie brennen mir in der Seele! Ich will dir nichts zu danken haben, ich ersticke an deiner Liebe, ich hasse dich, ich — — —"

Er riß in seiner grenzenlosen Erregung den Revolver wieder heraus und richtete die Mündung gegen die Brust des Stiefvaters.

Ein blendender Blitz erfüllte in diesem Augenblick den ganzen Saal mit feuriger Helle; hochaufgerichtet, mit totenblassen Gesichtern standen sich die beiden Männer in der fahlgelben Beleuchtung regelos gegenüber.

Dann sank Georgs erhobene Rechte unter einem Schlage der eisernen Faust des Barons von Knauff wie gelähmt herab.

Der Revolver flog klirrend auf das Parkett. Zugleich umspannten ihn die riesenstarken Arme des alten Mannes und drückte ihn wie ein schwaches Kind mit unwiderstehlicher Kraft in einen Sessel.

„Pfui über dich, auf einen Wehrlosen schießen zu wollen!" klang die Bärenstimme des Gutsherrn von Raulehnen, und seine dunklen Augen sprühten in drohendem Zorn unter den buschigen Brauen. „Wenn du meinst, daß du mit deinem Stiefvater ohne Blutvergießen nicht auseinanderkommst, meinetwegen! Aber dann ehrlich und mit gleichen Chancen nach der Form und Sitte unseres Standes." — — —

Ein entsetzlicher Donner, als ob die Felsriesen des Nordens aufeinander stürzten, um die Erde aus ihren Angeln zu heben, verschlang seine letzten Worte; der ganze Himmel schien für Augenblicke in Flammen zu stehen.

Zugleich erscholl mit schrillendem Gellen ein stürmen, des Läuten durch das Pfeifen des Windes und den Wahnsinn des wüsten Getöses.

„Es hat eingeschlagen!" sagte der Graf, sich zusammenraffend. „Komm, Onkel Knauff, wir müssen zum Hof hinab! Bei diesem Sturm steht ganz Dombrowa in Gefahr, abzubrennen!"

„Dich, Georg," schloß er, sich dem Stiefsohn zuwendend, „erwarte ich um sechs Uhr auf der Insel! Dort können wir ausmachen, was wir abzumachen haben! Onkel Knauff soll unser beider Sekundant sein!"

Damit stürmte er, von dem Baron gefolgt aus dem Speisesaal ins Treppenhaus hinaus.

18. Kapitel.

Die Aufeinanderfolge der Ereignisse war eine so überstürzte gewesen, daß Georg für kurze Augenblicke fast die Besinnung verlor und erst einer gewissen Sammlung bedurfte, ehe er sich wieder zu einem ruhigeren Denken zu zwingen vermochte.

Also morgen um sechs Uhr sollte es zu einer Entscheidung kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm Wanzen

beseitigen Sie in ½ Stunde mit Eckolda (100 000 sind auf der ges. Fachm. Ausst.) Eckolda tötet. Ueber den Erfolg werden Sie staunen. Verlangen Sie mit Eckolda Fabr. Eckolda-Werke, Essen. Zu haben in 68) bei Fritz Pfaff Castrop, Münsterstraße 22.

514 **Fernruf: Castrop Nr. 243.** **Photo Bergmann, Habinghorst.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sagen wir hierdurch allen unsern **innigsten Dank.** 540

Bövinghausen, im Januar 1922.

Familie Hermann Teves.

Bauschlosser- u. Schmiedearbeiten

Drahtgitter, Zaun-, Schaufenstergitter, Eisenkonstruktion. Ausführung von Reparaturen an Maschinen für alle gewerbliche Zwecke. Lieferung von Ersatzteilen nach Zeichnung oder Muster. Preiswert und gut. 3563

Jos. Keidt & Söhne, Mechanische Werkstatt, Ankerwickelei, **Castrop-Schwerin.** Telefon Amt Castrop 422

Platin, Gold, Silber, Juwelen

kauft 8396

Rupert Schmudde, Juwelier, Castrop, Wittenerstraße 3 am Markt.

Geld

können Sie verdienen beim Einkauf von



Korbmöbeln
Reisekörben
Kinderwagen
Klappwagen

wenn Sie jetzt ihren Bedarf decken. Solange Vorrat reicht, verkaufe noch zu **niedrigen Preisen.** 527

Spezial-Geschäft

A. Vossen.

Markt 11 Dortmund Markt 11.

Holz-Verkauf.

Dienstag, den 7. Februar cr., vorm. 10 Uhr in den Forstorten Loh, Erlen- und Blumenkämpe des Gutes Bodelschwingh: [524

110 Haufen Eichen- und Buchenbrennholz
30 Nr. Eichenstangen (Gruben- u. Frechlungsholz)
10 Nr. Buchen (Nutz- und Brennholz).

Zusammenkunft vorm 9½ Uhr beim Wirt Kösler in Oeininghausen und an Ort u. Stelle.

Haus Bodelschwingh. Der Rentmeister: Bickern.

Bekanntmachung

Für das Steuerjahr 1921 kommen in der Gemeinde Bladenhorst folgende Zuschläge zur Erhebung:

625 % der staatlich veranlagten Grund- und Betriebssteuer.
500 % der staatlich veranlagten Gebäudesteuer.
625 % der staatlich veranlagten bezw. der auf Grund der Gewerbesteuerordnung vom 21. Februar 1911 und des Nachtrages vom 19. Juli 1920 ermittelten Gewerbesteuersätze.

Bladenhorst, den 30. Januar 1922. 530

Der Amtmann: Abee.

Bekanntmachung

Bei der letzten Aufnahme des Hundebestandes zum Zwecke der Besteuerung ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß viele Hunde unangemeldet gehalten wurden.

Auf § 4 der Steuerordnung wird besonders hingewiesen, wonach die An- und Abmeldung der Hunde binnen 14 Tagen zu erfolgen hat.

Uebertretung wird nach § 7 bestraft.

Castrop, den 24. Januar 1922.

272 Der Magistrat.

Es stimmt,

daß Sie in meinem Spezialhause

Möbel

am besten und vorteilhaftesten kaufen. Ich offeriere

billig

Schlafzimmer, 2- und 3-teilig in allen Holz- und Stilarten

Küchen, natur lackiert und gestrichen, in den schönsten Ausführungen.

Einzelmöbel, Kleider- u. Küchenschränke, Trumeaux, Vertikows, Korbmöbel, Sofas usw. 542

Besichtigung ohne Kaufzwang!

J. ROSENBERG

Spezial-Möbelhaus für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

Herne, Bahnhofstrasse 62. Telefon 1072,

Kredit erhält Jeder!

Auf Teilzahlung

Herren- und Burschen-Anzüge 328

Schlüpfer, Covercoats und Regenmäntel
Cutaways und gestr. Hosen, Knaben-Anzüge

Damen-Mäntel, Costüme und Kleider

Costümröcke, Costümstoffe, Kleiderstoffe
und alle Manufakturwaren

Max Mischkowski, Dortmund

Ausgang Nordseite Steinstrasse 60 Hauptbahnhof

Bequeme Abzahlung

Kredit erhält Jeder!

Familien-Anzeigen

in gediegener, vornehmer Ausführung liefert schnell

Buchdruckerei der

Castroper Zeitung

Gut erhaltenes kompl. 531

Ladenportal

Ausführung massiv Eiche abzugeben

Möbelhaus Peter Mönnich, Münsterstraße 30.

Wir suchen per sofort eine gewandte 539

Buchhalterin

für einfache Buchführung, die auch die Kasse mit übernehmen muß.

Gebr. Rollmann.

Buchhalter (in)

perfekt in amerikanischer Buchführung spätestens zum 1. März gesucht. Gefl. schriftl. Angeb. unter **3500** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

Tücht. Verkäuferin 534

für mein Putz-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren-Geschäft zum 1. März oder später gesucht.

Josef Wallach, Castrop.

Für den Bezirk Münsterstraße-Rauxel eine ordentliche, fleißige

Zeitungsbotin

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Castroper Zeitung.

Junge 535

Schäferhunde

hat abzugeben

A. Buschmeyer, Dorf-Rauxel.

Bettstelle mit Matratze

zu verkaufen. 537

Zu erfragen Holzstr. 30.

In der Ecke

liegt viel Wertvolles, ohne nutzbar gemacht zu werden. Warum? Auch das Unscheinbarste hat heute Wert. Sehen Sie sich um in den Ecken, auf dem Boden und im Keller! Stossen Sie alles, was Sie nicht mehr nötig haben, ab und verkaufen Sie es vorteilhaft durch eine „Kleine Anzeige in der „Castroper Zeitung"! In den Ecken

liegt viel Geld!

Gewerbebank e. G. m. b. H. Castrop

Kaiser-Friedrichstraße (Mittelstandshaus).

Zweigniederlassung:

Habinghorst, Kronprinzenstraße 38 beim Kaufmann Wilh. Kaltenpoth.

Kassenstunden: 9—12 vormittags und 3—5 Uhr nachmittags. 8099

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.
Scheckverkehr, Gewährung von Krediten und Eröffnung laufender Rechnungen.
Verzinsung zu günst. Bedingungen nach Uebereinkunft.

Drucksachen jeglicher Art liefert die Druckerei der **Castroper Zeitung**

Gegen Anzahlung von 300 Mk. u. weitere monatliche Ratenzahlung von 200 Mk. erhalten Sie eine erstklassige deutsche

Nähmaschine.

Offerten unter 382 an d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Matratzen und Sophas

polstert mit bestem Material dauerhaft und billig auf. Neue Polstersachen werden in eigner Werkstatt angefertigt. Aufhängen von Gardinen und Dekorationen.

Jakob Deden,

Polsterer und Dekorateur, Widumerstr. 50, Tel. 122. Viktoriastraße 69.

Kleineres

Ladenlokal

in bester Geschäftslage Castrops, für feineres Spezialgeschäft, baldmöglichst zu mieten gesucht.

Offerten unter Nr. 523 a. d. Gesch. d. Ztg.

Tüchtige 529

Vertreter

gesucht zum Verkauf meiner Gewürze in Beuteln (Einzelpack.) an Grossisten und Detaillisten. Hohe Prov.

Carl Sturm, Gewürzmühle Nürnberg, Winklerstraße 20.

Friseur-gehilfe

oder jemand zum Aushelfen für einige Stunden gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Zeitung. 526

Tüchtiges 513

Mädchen

gesucht.

Gasthof Strothamp, Rauxel-Bahnhof.

Selbständiges, tüchtiges

Mädchen

für sofort gesucht. 544

Photo Bergmann, Habinghorst.

Wegen Erkrankung des jetzigen sof. ein ordentliches

Morgen-mädchen

gesucht. 522

Rauxel, Bahnhofstraße 45, Post.

Café Metropol

Fernruf 7, Castrop, Kaiser-Friedrichstraße 21.

Ab 1. Februar

die beliebte 543

Stimmungs-Kapelle Paschnicke

4 Damen 2 Herren

Sonntag: Frühkonzert

Laufjunge

für sofort gesucht. 538

Heinr. Weller, Biesenkampstraße 10.

Brauner Schäferhund

mit schwarzer Decke und weißer Brust entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung. 528

Möbelhaus Peter Mönnich, Castrop, Münsterstraße 30.

Die Beleidigung

gegen **Frl. Kmieciak,** Habingh. Kreuzstraße nehme ich hiermit als unwahr zurück.

Wladislaus Zjezdalka, Habinghorst, Römerstr. 22.

Die Beleidigung

die ich gegen Herrn Albert Zander in Aufregung gesagt habe nehme ich hierdurch zurück. 533

Frau C.

Heiratsgesuch! 532

2 Freunde Handwerker, ev., 18 u. 19 Jahre, suchen mit 2 Mädchen im Alter v. 17 bis 20 Jahren bekannt zu werden. Bei gegenseitiger Zuneigung ev. Heirat nicht ausgeschlossen. Offerten unt. **H. W. 600** an Buchhandlung Wedekind, Habinghorst. Diskr. zugesichert.